Nr. 10 Einzelpreis 15 Pfennig Halle (Saale), Donnerstag, den 12. Januar 1933

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle [illegible] Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt" erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Gr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605, 24667, 26605. Persönliche Auskunfterteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 Mk. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 Mk., für Abholer wöchentlich 0,45 Mk., Postbezugspreis 2,10 Mk., durch Postboten zugestellt 2,50 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,40 Mk. — Anzeigenpreis 13 Pfg. im Anzeigen- und 80 Pfg. im Reklameteil der Millimeter. Hauptgeschäftsstelle: Gr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605, 24667, 26605. Postscheckkonto 20219 Erfurt.

Der Mädchenmord mit dem Hakenkreuz / Staatsanwalt beantragt Todesstrafe

Frankfurt a. M. — Dresden — Potempa...

Verbrechen aus dem „Geiste" der NSDAP. / Ein Menschenleben gilt nichts / Mord und Totschlag sind Trumpf

In dem Frankfurter Mädchenmordprozeß gegen die drei Nationalsozialisten Stubenrauch, Arzt und Eich — alle drei sind würdige Mitglieder der SA. Hitlers — stellte der Staatsanwalt am Mittwochnachmittag die Strafanträge. Der Staatsanwalt erklärte die drei Angeklagten in seiner erschütternden Anklagerede für überführt und beantragte gegen den Hauptangeklagten Stubenrauch, der seine Geliebte Emma Busse in den Main stieß, so daß sie den Tod fand, wegen Mordes die Todesstrafe, gegen die der Mordbegünstigung Mitangeklagten Arzt und Eich Gefängnisstrafen in Höhe von zehn bzw. einem Jahre.

Mag sich das „Bürgertum" weiter mit einer solchen Bewegung verbünden, mag es weiter mit den „nationalen" Verbrechern sympathisieren — das schaffende Volk wird eines Tages aufstehen und Rechenschaft fordern von allen, die nichts taten, diese kriminellen und politischen Verbrechen aller Art zu verhindern.

Noch bewegt ganz Deutschland der Fall Hentsch in Dresden. Noch hören wir die anklagende gellende Stimme der Mutter des von eigenen „Kameraden" Ermordeten. Noch ist ein undurchdringlicher Schleier über das Femeverbrechen ausgebreitet — die Hitler-Partei hat erst die Mutter gelästert, dann wurde die Tatverschwiegen, dann beschmutzte man das arme Opfer. „Auf einen kommt es ja nicht an", haben Dresdener Nazis gesagt, als sie Rede und Antwort stehen sollten.

Und Potempa ist nicht vergessen! Nationalsozialisten waren es, die den fürchterlichen Mord an dem Arbeiter Pietrzuch begingen und verherrlichten! Hitler selbst war es, der sich mit den Mördern solidarisch erklärte. Obwohl einer von ihnen für ehrlos erklärt ist, telegraphierte er an alle und bezeichnete sie als „seine Kameraden". Die verlumpte Gesinnung von Nazis aber unterstellte der Mutter Pietrzuchs, daß sie von der Ermordung ihres eigenen Sohnes erfreut sei. Die Mutter wehrte sich dagegen. Aber die verlangte Berichtigung hat die Nazipresse nicht gebracht. Sie hatte für die Mutter nur verbrecherischen Hohn und Spott...

Das ist die Menschlichkeit der Nationalsozialisten! Das ist bei ihnen deutsch! Das ist ihr Volkstum!

Wer mit Hitler geht, hat das Recht auf jedes Verbrechen! Nur „deutsch" muß er sich nennen.

Die Arbeiterklasse kann man beschimpfen und ächten — die Feinde des Volkes aber folgen der fürchterlichen Blutspur Potempa — Dresden — Frankfurt a. M....

Wir wollen und werden nichts vergessen!

Furchtbare Blutspur

Potempa — Dresden — Frankfurt a. M. — diese drei Namen weisen auf die entsetzliche Blutspur, die Hitlers „nationale" Bewegung hinterlassen hat. Drei Namen, nur drei von Tausenden von Fällen!

Frankfurt a. M. — der Mädchenmord mit dem Hakenkreuz scheint auf den ersten Blick unpolitisch. Dieser entsetzliche Mord aber ist nicht unpolitisch. Diese Schandtat ist nicht nur kriminell, sie ist auch politisch zu werten. Politisch: denn der grausame Mädchenmord konnte nur auf dem stinkenden Sumpfboden der Hitler-Jugend erdacht, vorbereitet und durchgeführt werden.

Seit Jahren wird diese Hitler-Jugend von einer verantwortungslosen Führermeute zu Gewalttaten aufgepeitscht.

Seit Jahren steht es in der verbrecherischen Nazi-Presse geschrieben, daß das Leben des anderen nichts gilt.

Warum sollten da drei Nazijünglinge zögern, ein schwangeres Mädchen aus der Welt zu schaffen, das ihnen im Wege ist?

Ein Menschenleben gilt doch nichts!

Ein Menschenleben kann vernichtet werden, so wie man einen alten müden Hund durch die Gnadenkugel tötet!

Schreibt nicht die Schundpresse Hitlers Tag für Tag von den Untermenschen, die zu nichts nutze sind? Liest nicht „deutsche" Jugend die tägliche Aufforderung zum Mord? Warum sollte diese Jugend zögern, ein schwangeres Mädchen zu töten?

Ein Menschenleben gilt doch nichts!

Der Nationalsozialismus mißachtet die Frauenwürde! Er tritt die Frauenehre Tag für Tag mit den Füßen! Die nationalsozialistische Verrohung aller Sitten, die nationalsozialistische Verachtung des Menschenlebens, die Brutalität nationalsozialistischer Landsknechte — sie erklären diesen Frankfurter Mädchenmord.

Daß der Mörder, der bei seiner Verhaftung das Hakenkreuz und bei Begehung seiner Tat das „Ehrenkleid" des SA.-Mannes trug, eine Stunde vor dem Verbrechen mit seinem Opfer noch eine Liebesstunde verbrachte, das rundet das Bild nationalsozialistischer Erziehung!

Und zwei Nazi-Kumpane standen dabei „Schmiere"...

Staatsanwalt: „Mord, überlegter Mord"!

In seiner Anklagerede im Frankfurter Mädchenmordprozeß ging Staatsanwalt Dr. Raimer von der Annahme aus, daß ein Selbstmord von Emma Busse nicht in Frage kommen könne. Stubenrauch habe die Schwangerschaft von Emma Busse sehr peinlich empfunden, weil er am 8. Dezember 1931, also am Tage nach der Mordtat, sich zur entscheidenden Prüfung über seine Aufnahme in die Schutzpolizei stellen mußte, die seiner mehrjährigen Arbeitslosigkeit ein Ende machen sollte. Stubenrauch war verzweifelt und wandte sich in dieser Angelegenheit am Nachmittag des 7. Dezember an seine Freunde Arzt und Eich. Sie faßten den Plan der Ermordung von Emma Busse. Stubenrauch sollte sie zu diesem Zwecke zu einem vorgegebenen gemeinsamen Selbstmord überreden, um dadurch die Unglückliche auf die Brücke zu locken. Stubenrauch und Emma Busse gingen den langen Weg von ihrem Treffplatz zum Mainufer zusammen, gefolgt von Arzt und Eich, die, ohne daß es die Busse merkte, auf ihren Rädern in der Nähe blieben.

„Stubenrauch hat ein Geständnis abgelegt", fährt der Staatsanwalt fort. „Sollen wir dem Geständnis oder dem Widerruf glauben? Stubenrauch gestand den Mordplan, Arzt und Eich sollten Schmiere stehen. Er ist mit Emma Busse über die Brücke gegangen, hat mit ihr vor der Tat Geschlechtsverkehr geübt und ist dann auf die Brücke zurückgekehrt. Da er sich nicht entschließen konnte, die Emma Busse zu töten, hat schließlich sein Freund Arzt den entscheidenden Stoß geführt. Fünfmal hat Stubenrauch sein Geständnis vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter wiederholt. Stubenrauch glaubte sich durch dieses Geständnis juristisch zu entlasten, weil er die Hauptschuld auf seinen Mitangeklagten Arzt ablenkte.

Zur Widerlegung seiner Aussage berief er sich in der Hauptverhandlung auf Uebermüdung im SA.-Wach- und Ordnungsdienst. Mag ihn dieser SA.-Dienst noch so sehr angestrengt haben, bis zur Sinnlosigkeit übermüdet war er nicht. Auch Stubenrauchs Ruf an der Leiche: „Emmi, Emmi, verzeih mir, der Arzt hat dich auf dem Gewissen!" enthält die reine Wahrheit. Beide Angeklagte, Stubenrauch und Arzt, haben gemeinsam die Tat vollbracht! Die Tat war nicht Totschlag, sondern war Mord, war überlegter Mord."

Die drei Verteidiger beantragen in langen Ausführungen Freispruch für die drei Angeklagten, da der Schuldbeweis nicht lückenlos erbracht sei, zahlreiche Unklarheiten bestehen geblieben seien und — im Zweifel für die Angeklagten — auf Indizien Todesstrafe nicht verhängt werden könne.

Vor den Plädoyers widerrief der Angeklagte Eich sein Teilgeständnis vom Vortage.

Urteil: 12 Jahre Zuchthaus

Die Kumpane des braunen Mörders freigesprochen

Freudige Aufnahme des Urteils

Im Frankfurter Mädchenmordprozeß verkündete der Gerichtsvorsitzende abends gegen 21.45 Uhr unter atemloser Spannung das Urteil: Der Hauptangeklagte Robert Stubenrauch wird wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Angeklagten Arzt und Eich werden freigesprochen.

*

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: Das Gericht ist der Ueberzeugung, daß ein Mordplan bestanden hat und zur Ausführung gebracht werden sollte. Der gemeinsame Weg der Angeklagten mit der verschwundenen Emma Busse an die Ufer des Mains ist ebenfalls verdächtig. Ueber die entscheidenden Minuten auf der Brücke haben die Angeklagten mehrere einander widersprechende Angaben gemacht. Das Gericht folgt dem Angeklagten Stubenrauch nicht in seinen Ausreden, sondern nimmt an, daß Stubenrauch überhaupt noch keine wahre Darstellung des Sachverhaltes gegeben hat. Daraus folgert das Gericht, daß der Angeklagte Stubenrauch dem Gericht sein Wissen über den unfreiwilligen Tod der Busse verbirgt. Das Gericht nimmt an, daß Stubenrauch die Tat allein ausgeführt hat, indem er der Busse bis in den letzten Augenblick hinein seine Anteilnahme an einem gemeinsamen Selbstmord vorgetäuscht hat. Das Gericht ist überzeugt, daß

Stubenrauch die Busse gewaltsam in den Main gestürzt hat.

Mangels einer eigenen Darstellung des Angeklagten ist das Gericht aber nicht in der Lage zu entscheiden, ob die Tat mit oder ohne Ueberlegung erfolgte. Das Gericht muß annehmen, daß Stubenrauch nicht in dem Sinne überlegt gehandelt hat, daß diese Tat mit dem Tode bestraft werden könnte. Da das Verhalten Stubenrauchs ehrlos war, sind ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 8 Jahre aberkannt worden.

Die beiden Angeklagten Arzt und Eich nahmen die Mitteilung, daß der Haftbefehl gegen sie aufgehoben ist, mit freudigem Lächeln auf. Stubenrauch verzog keine Miene. Erst als ihn sein Anwalt beglückwünscht, strahlt er über das ganze Gesicht und verabschiedet sich von seinem Anwalt, indem er seine Wange an die Wange des Anwalts legt mit den Worten:

Heil Hitler!

Die Freude des zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilten Angeklagten Stubenrauch über dies Urteil beweist mehr als alles Vorhergegangene seine volle Schuld.

Hitler braucht Zeit

Angst vor Reichstag und Neuwahlen Vertagung des Zusammentritts?

Hitlers Unterhaltung mit dem Reichstagspräsidenten Göring erlaubt, einen Schluß auf die Taktik der nationalsozialistischen Führung in den nächsten Wochen zu ziehen. Hitler ist es offenbar darum zu tun, immer wieder Zeit zu gewinnen, damit er die Schwenkung, die er unter dem Druck von außen — seine Geldgeber drängen und geben kein Geld mehr! — vollziehen zu müssen glaubt, einigermaßen vorbereiten und maskieren kann.

Wenn am 20. Januar der Aeltestenrat zusammentritt, wird man wohl schon das erste Ergebnis dieser Bemühungen erfahren, weil dann vielleicht Göring selbst, im Einvernehmen mit Hitler, einen weiteren Aufschub für den Zusammentritt des Reichstags, also über den 24. Januar hinaus, empfehlen wird. Man hält es jetzt für wahrscheinlich,

daß der Reichstag erst im Februar oder März zusammentreten werde.

Hitler gewänne dann Zeit für Verhandlungen mit der Schleicher-Regierung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219330112-17/fragment/page=0001

Die Schande der gekürzten Unterstützungen / Die Finanzsanierung durch rücksichtslose Massenbelastung

Bürokraten machen den Reichshaushalt

Hilferding stellt im Reichstagsausschuß fest: Die antiparlamentarischen Volksfeinde sind schuld daran!

Gestern begann im Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstags die Aussprache über den Bericht des Reichsfinanzministers, der gestern von ihm dem Etatsausschuß des Reichstages erstattet worden ist.

Der erste Redner der Opposition war

Abg. **Hilferding** (Soz.).

Unter gespannter Aufmerksamkeit des Ausschusses nahm Hilferding in anderthalbstündiger Rede zu allen Fragen des Reichshaushalts und der öffentlichen Finanzen grundsätzlich Stellung. Seine mit Zahlen wohlfundierten Ausführungen wirkten sehr stark und sie steigerten sich noch an den Stellen, da er sie zur Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten führte.

Selbstverständlich sei es, daß die Krise für jede Regierung, die den Reichshaushalt zu führen habe, schwere Aufgaben bringe. Aber es müsse deutlich gesagt werden, daß die Kritik, die von Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten an der Entwicklung der Reichsfinanzen geübt werde, schon deswegen ins Leere stoße, weil sie selbst mitschuldig seien an der Gestaltung des Etats, wie er jetzt geworden ist. Es müsse sehr deutlich vor dem Volke ausgesprochen werden, daß die

Herrschaft der Ministerialbürokratie einer gerechten Verwaltung des öffentlichen Haushalts abträglich

sei. Damit sei die gesamte Situation nicht vollständig gekennzeichnet, daß man vom fiskalischen Standpunkt aus sage, die Lage des Reichsetats sei angesichts der Krisenwirkungen immerhin erträglich und die schwebende Schuld sei nicht hoch, zumal wenn man den flüssigen Geldmarkt betrachtet.

Hilferding zeigte demgegenüber die Kehrseite jener Tatbestände. Er gruppierte seine Anklage nach drei Gesichtspunkten. Er stellte fest, daß die derzeitige Situation der Reichsfinanzen nur möglich geworden sei,

1. durch Abhängung der Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat,
2. durch die Verschiebung von Mindereinnahmen und Mehrausgaben auf Länder und Gemeinden,
3. durch Verschärfung der Massenbelastung.

Zu der ersten Gruppe der Opfer, die der breiten Masse des Volkes aufgebürdet worden sind, stellte Hilferding fest, daß nach dem Finanzierungsplan für die Arbeitslosenhilfe zwar die Einnahmen etwas höher geschätzt wurden, als sie tatsächlich aufkommen. Dennoch sei die Situation jetzt so, daß die Beiträge im Monatsdurchschnitt 83 Millionen Mark erbrächten, die sechswöchige Unterstützungsdauer beanspruche 13 Millionen Mark, die weitere Unterstützung für 20 Wochen 37 Millionen Mark, so daß tatsächlich die

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nichts anderes seien als eine reine Steuer, deren Ueberschüsse von monatlich 46 Millionen Mark für solche Fürsorgezwecke ausgegeben würden, die Aufgabe des öffentlichen Haushaltes seien.

Die Sätze in der Alu (Arbeitslosenunterstützung) seien von 81 auf 43 M. gesunken, in der Kru (Krisenunterstützung) von 70 auf 45 M., in der Wohlu (Wohlfahrtsunterstützung) von 60 auf 44 M. Die ganze Schande dieser Herabsetzungen habe sich darin gezeigt, daß sogar das Kabinett Papen für den Winter vereinzelte Erhöhungen vornehmen mußte.

Besonders bedeutungsvoll waren Hilferdings Ausführungen über die

Veränderung der steuerlichen Belastung zuungunsten der breiten Massen.

Bei den Besitzsteuern habe es erhebliche Senkungen gegeben, so bei der Gewerbesteuer, bei den Kapitalverkehrssteuern, bei der Industriebelastung und bei der Rentenbankbelastung. Demgegenüber seien für die Massen durch die Erhöhung der Tabaksteuer und der Biersteuer neue Belastungen geschaffen worden. Die Zuckersteuer ist verdoppelt worden, die Umsatzsteuer wurde mehr als verdoppelt, Salzsteuer und Mineralölsteuer wurden eingeführt, dazu kam Krisenlohnsteuer resp. Beitrag zur Arbeitslosenhilfe. Die Länder und Gemeinden erheben jetzt Bürgersteuer, Gemeindegetränkesteuer, Schlachtsteuer. Zu allem kommt die Senkung der Löhne und Gehälter, die die Massenbelastung doppelt schwer gemacht haben.

Zu den Nationalsozialisten gewandt, erklärte Hilferding: Niemals habe er in seinem politischen Leben in Versammlungen eine solche Empörung erlebt wie immer dann, wenn er von der Notverordnungspolitik gegen die Arbeiter durch Herrn v. Papen gesprochen habe. Deswegen empfehle er den Nationalsozialisten, ihren Herrn Hitler darüber zu unterrichten, wie die Meinung des Volkes über Papen sei; außerdem wünsche er auch, daß der Reichsfinanzminister dem Reichspräsidenten darüber keinen Zweifel lasse.

Wenn man in der Oeffentlichkeit immer wieder darauf hinweist, daß gegenüber früheren Jahren die Leistungen aus öffentlichen Mitteln für die Arbeitslosen von 1,5 Milliarden auf 3 Milliarden gewachsen seien, so werde immer

verschwiegen, daß in der gleichen Zeit die öffentlichen Ausgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden für Wohnungswesen, Kriegsversorgung, Bildungseinrichtungen und Wohlfahrtswesen (ohne Arbeitslosenunterstützung) um 1,6 Milliarden gesunken sind.

In Wirklichkeit seien also die Mehrleistungen für die Arbeitslosen an Kultur- und Bildungsausgaben eingespart worden, und diese Verschlechterung gehe auch zu Lasten der breiten Masse des Volkes.

Zur Frage der Arbeitsbeschaffung stellte Hilferding fest, daß bisher viel weniger der für diese Zwecke bereitgestellten Mittel ausgegeben worden seien, als in der Oeffentlichkeit immer angenommen werde.

Hilferding wies weiter darauf hin, daß im Reichshaushalt, überhaupt in den öffentlichen Haushalten ein ganzes Teil der Etats der privaten Wirtschaft stecke. In den 90 Millionen, die Herr Flick bekommen habe, liege die Verbindung der öffentlichen Hand zur Montanindustrie.

Während die Nationalsozialisten über den Marxismus schrien, habe die ökonomische Entwicklung ein ganzes Stück Marxismus vollzogen.

Abg. Hergt von den Deutschnationalen eröffnete dann den Reigen der antiparlamentarischen Oppositionsparteien.

Auch Hergt ist dafür, daß das Budgetrecht des Reichstages gewahrt wird, und eine ordnungsgemäße Haushaltsführung wieder erreicht werde. Am meisten hat ihn aber wohl geärgert, was Hilferding über die marxistische Entwicklung gesagt habe, dessen Richtigkeit er nicht bestreiten konnte. Deswegen meinte Hergt, daß diese Entwicklung so gekommen sei, das sei ja eben die Schuld des Marxismus!

Unter höflicher Nichtaufmerksamkeit des Haushaltsausschusses hielt dann der Nationalsozialist Reinhardt eine längere Rede.

Zwei Republiken – zwei Tragödien

Helfer der Reaktion!

Bei uns die Kommunisten – in Spanien die Anarchisten

Die deutsche Republik hat ihre Spartakisten gehabt, die immer wieder versuchten, sie zu überrennen. Ein bewaffneter Putsch folgte dem anderen, immer neue politische Streiks, besonders in den lebenswichtigen Betrieben der Allgemeinheit, wurden inszeniert. Eine kleine Minderheit wollte ihren Willen und ihre Herrschaft der übergroßen Mehrheit des Volkes aufzwingen. Die Mehrheit mußte sich wehren, mußte Gewalt entgegensetzen. Und da die Massen der sozialistischen und republikanischen Arbeiterschaft keine Neigung zeigten, besonders nach den 4¼ Jahren Kriegsdienst, den Bürgertrieg selbst zu führen, war es unvermeidlich, daß die neue demokratische Regierung sich auf militärische Kräfte stützen mußte, die ihr und dem Volksstaat feindlich gesinnt waren.

Das war die Tragödie der deutschen Republik. Ueber die Schuldfrage, die klar zutage liegt, ist kein Wort zu verlieren. Sie lag ausschließlich bei den angreifenden linksradikalen Putschisten. Das Ende vom Lied war die Wiedererstarkung der militaristischen und monarchistischen Reaktion.

Wie es scheint, soll die junge spanische Republik die gleiche Tragödie durchmachen. Immer wieder seit der Gründung der Republik, die nunmehr bald zwei Jahre zurückliegt, liest man von politischen Streiks, von Bombenfunden, von Attentaten und von Putschversuchen. Der jüngste, vom Montag datierte, Aufstand, der von Barcelona ausgehend über das ganze Land entfesselt werden sollte, war der größte und gefährlichste aller bisherigen Unternehmungen dieser Art. Ihm war die Aufdeckung riesiger Geheimdepots von Bomben und Waffen aller Art vorangegangen. Anscheinend sind dadurch die Verschwörer zum vorzeitigen Losschlagen veranlaßt worden. Die Regierung war offenbar informiert und gerüstet. So ist die Bewegung verhältnismäßig schnell zusammengebrochen.

Im Gegensatz zu den Ereignissen in Deutschland während der ersten Revolutionsjahre handelt es sich in Spanien nicht um eigentliche kommunistische Putsche. Der Moskauer Kommunismus hat in Spanien nur wenig zu bedeuten. Um so stärker und gefährlicher ist dort, vor allem in Katalonien und Andalusien, also im nordwestlichen und südlichen Teil der Halbinsel, die anarcho-syndikalistische Bewegung.

Nur in Spanien und Portugal sind die Anarchisten noch stark vertreten, vor allem in Barcelona und Valencia, wo sie einstweilen noch einen großen Teil der Arbeiter in ihren eigenen Gewerkschaften erfassen. Diese Gewerkschaften führen den schärfsten Kampf gegen die sozialistischen Gewerkschaften, die in den übrigen Teilen des Landes, besonders in Madrid, vorherrschen.

Nun ist es eine besondere Niedertracht, daß die spanischen Anarcho-Syndikalisten, die unter der Militärdiktatur Primo de Riveras ebenso von der Bildfläche verschwunden waren wie heute noch ihre italienischen Gesinnungsgenossen unter Mussolini, ihren Mut zur Aktivität erst unter der demokratischen Republik und gegen die Regierung wiedergefunden haben, die von Sozialisten und Gewerkschaften maßgebend beeinflußt wird. Damit liefern diese „Revolutionäre" den monarchistischen Revolutionären ein glänzendes Propagandaargument.

Um das Maß des Wahnsinns abzurunden, leihen die Kommunisten des Auslandes den spanischen Putschisten ihre moralische Unterstützung. Dieselben Bolschewisten, die einst die Anarchisten in Rußland förmlich bis zum letzten Mann massakrierten, als sie der Herrschaft Lenins unbequem wurden, begrüßen in ihrer Presse den spanischen Anarchistenaufstand, nur weil er gegen eine demokratische Regierung mit starkem sozialistischen Einschlag gerichtet ist! Zum Glück hat die spanische Monarchie so abgewirtschaftet, daß der jungen Republik keine unmittelbare Gefahr aus den fortgesetzten Wahnsinnstaten der Anarcho-Syndikalisten droht.

Auch fehlt in Spanien die nationalistische Triebkraft, die das Diktat von Versailles und die Politik der Siegermächte nach dem Kriege der deutschen monarchistischen und militaristischen Reaktion verlieh. Dagegen lastet die Weltwirtschaftskrise auch auf Spanien und kommt natürlich den Feinden des neuen demokratischen Regimes zugute.

Möge die spanische Republik aus der Tragödie der deutschen Republik lernen und den linksradikalen Putschaktionen, gleichviel unter welcher Flagge, ebenso erfolgreich wie bisher entgegentreten — um ihrer selbst willen!

Wilhelm gegen Auwi und Hitler?

Die Hohenzollern plötzlich nicht mehr für den „Führer" / Einer bricht den Treueid

Eigener Bericht

Stuttgart, 11. Januar.

Der in Reutlingen erscheinende staatsparteiliche „General-Anzeiger" will erfahren haben, daß es zwischen dem Haus Hohenzollern und der Nazipartei zum Bruch gekommen sei. Er berichtet darüber folgendes:

„Einer der Söhne des Kaisers, Prinz August Wilhelm von Preußen, kurz Auwi genannt, ist seit April vorigen Jahres Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion des Preußischen Landtags. Rednerisch hat er sich dort nicht betätigt, wohl aber ist er bei stürmischen Auseinandersetzungen durch sein lebhaftes Gebaren wiederholt aufgefallen. Der Prinz hat sich nun unmittelbar nach Beginn der Weihnachtsferien des Landtags für längere Zeit nach Italien begeben. Der Grund ist folgender: der Kaiser und seine Familie haben erwartet, daß die Nationalsozialisten die monarchistischen Restaurationspläne unterstützen würden. Die Hoffnungen des kaiserlichen Hauses in Doorn erfüllten sich jedoch nicht. Mit der Bekämpfung des Kabinetts von Papen trat bei den Nationalsozialisten ganz offen ein Kurswechsel ein, der sich bis zur schärfsten Bekämpfung der Monarchie steigerte. Das kaiserliche Haus hat nunmehr die Konsequenzen gezogen.

Der Exkaiser hat einen Hausbefehl an sämtliche Mitglieder des Hohenzollernhauses erlassen, der ein Verbot der Betätigung bei der Nationalsozialistischen Partei enthält. Prinz Auwi bekam besondere Anweisung, Deutschland sofort auf mehrere Monate zu verlassen, und zwar wurde ihm aufgegeben, sich zunächst nach den Balearen zu begeben. Diesen Befehl hat der Prinz nur teilweise bisher ausgeführt.

Er hat Deutschland verlassen und hat sich vorläufig nach Rom begeben. Offiziell ist er jedenfalls noch nicht aus der NSDAP. ausgeschieden. Offenbar will er eine Kompromißlösung finden, ohne der Partei allzu wehe zu tun. Auf der anderen Seite muß er sich natürlich seinem kaiserlichen Vater fügen, da er von diesem finanziell abhängig ist. Mit einer Rückkehr des Prinzen August Wilhelm in den Preußischen Landtag ist aber kaum mehr zu rechnen. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß der Kaiser sich mit der von dem Prinzen gefundenen Lösung abfindet, wenn nach einigen Monaten die völlige Trennung des Prinzen von der Nationalsozialistischen Partei folgt."

Die Arbeitergruppe spricht

Jouhaux in Genf für die 40-Stunden-Woche

Eigener Bericht

Genf, 11. Januar.

Die allgemeine Aussprache der 40-Stunden-Konferenz begann am Mittwoch mit der Feststellung des Reglements, wobei auf Antrag Spliedt-Deutschland zum ersten Male die Uebersetzung aller Reden auch ins Deutsche beschlossen wurde.

In einer groß angelegten Rede setzte dann der Wortführer der Arbeitergruppe, Jouhaux Frankreich, die Gründe für die Forderung der 40-Stunden-Woche auseinander. Die Arbeitergruppe habe sich für die Teilnahme an der Konferenz entschieden, obwohl sie der Meinung sei, daß der Erfolg nicht den Erwartungen der Anreger dieser Konferenz entsprechen könne. Man habe versucht, die Krise durch Senkung der Produktionskosten bei den Löhnen einzudämmen. Tatsächlich aber sei die Wirtschaftslage noch verschlechtert worden. Durchschnittlich sei der Lohnanteil am Gestehungspreis nur 25 bis 30 Proz., der größte Teil des Lohnes bleibe also unberührt. In allen Ländern herrsche eine Ueberkapitalisierung der Industrie, bei steigenden Kapitaleinsätzen und steigenden Renten gingen die Beschäftigung und die Löhne ständig zurück.

Die Arbeitergruppe werde nicht dulden, daß durch die Arbeitszeitverkürzung eine Herabsetzung des Lebensstandards der Arbeiter eintrete. Die jetzigen Reallöhne stellten ein Lebensminimum dar, an das nicht gerührt werden dürfe, wenn nicht die Kaufkraft beeinträchtigt und die Krise verschärft werden sollten. Vor allem müsse klar entschieden werden, wohin der Weg gehe. Die 40-Stunden-Woche sei nicht nur eine soziale, sondern auch eine industrielle und wirtschaftliche Forderung. Alle bisher angewandten Mittel hätten versagt.

Jouhaux stellte dann an Hand der Arbeitsziffern in den einzelnen Ländern fest, daß mehr als ein Sechstel der Arbeiter in der Welt keine Beschäftigung haben. Es sei nicht möglich, ohne Katastrophe, weiter 30 Millionen Menschen zur Arbeitslosigkeit zu verurteilen oder sie anderen Menschen zur Last fallen zu lassen.

---

100 000 Mark-Gewinn

In der Mittwochziehung der vierten Klasse der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde auf Los Nr. 61 485 ein Gewinn von 100 000 Mark gezogen. Das Los wird in Achtein gespielt — in der ersten Abteilung in Niederschlesien, in der zweiten in Berlin.

Hingerichtet

Am Mittwochmorgen wurde auf dem Hofe des Gerichtsgefängnisses Posen der Klempner Bartoszewski, der am 16. Dezember v. J. zwei Frauen überfallen und durch Stiche mit einer präparierten Pfeile gefährlich verletzt hat, hingerichtet.

Unglück des Winters

In Suhl (Thüringen) stieß ein mit vier Personen besetzter Rodelschlitten in voller Fahrt gegen einen Baum. Zwei junge Männer erlitten tödliche Verletzungen.

*

Der 57 Jahre alte Braunschweiger Bankier Hugo Wertheimer hat sich erschossen. Gegen Wertheimer schwebte ein Verfahren wegen Wechselfälschung und Devisenvergehens.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219330112-17/fragment/page=0002

HALLE

Zweierlei Maß beim Betteln

Arme Teufels sperrt man ein, den Nazis aber ist alles erlaubt!

Wenn Walzbrüder und andere Außenseiter des Lebens, ja selbst Arbeitslose, in diesen schweren Zeiten nicht ein noch aus wissen und an die milde Hand ihrer Mitmenschen, denen es besser geht, appellieren, dann packt sie rasch und energisch der Arm der Justiz. Denn das Betteln ist unter Strafe gestellt. Den Leuten wird im wahrsten Sinne des Wortes ein kurzer Prozeß gemacht. Sie kommen vor den Schnellrichter.

So geschah es jetzt einem etwa 30jährigen Menschen, der schon über zwei Jahre arbeitslos ist und in Wörmlitz beim Betteln erwischt wurde. Da er auf seinen Fahrten durch Deutschland schon mehrfach in dieser Richtung bestraft worden ist, diktierte man ihm gleich vier Wochen Haft zu und veranlaßte außerdem seine Ueberweisung an die Landespolizei Ein Oesterreicher, der ebenfalls gebettelt hatte, wurde zu acht Tagen Haft verurteilt.

So wird also mit den Bettlern aus wirtschaftlicher Not verfahren!

Nun gehe man einmal durch Halles Straßen. Was sieht man da an allen Straßenecken? Bettelnde Gestalten! Sie haben Blechbüchsen in den Händen, verursachen damit einen beispiellosen Lärm und belästigen obendrein die Straßenpassanten in aufdringlicher, oft unverschämter Weise.

Der naive Staatsbürger, der soeben erfahren hat, wie das Betteln vom Gericht schwer bestraft wird, schüttelt den Kopf und staunt. Er fragt sich verwundert, wie man den Bettler, der nichts zu essen hat, bestrafen kann, während der braunlackierte Bettler, der seine Blechbüchse mit einem Hakenkreuz versieht, ungestört seine Mitmenschen nicht nur angehen, sondern sogar belästigen kann.

Und er fragt sich weiter, ob diese eine Partei das Vorrecht auf die Straßen und Plätze genießt, und der naive Staatsbürger erinnert sich dann weiter, daß, wenn gemeinnützige und wohltätige Verbände, wie etwa die Arbeiter-Wohlfahrt, die Arbeiter-Samariter, die Blindenhilfe usw., für ihre guten Zwecke sammeln wollen, sie erst umständlicher bürokratischer Genehmigungen bedürfen, während hier die unverschämte Bettelei einer politischen Bande anscheinend ohne weiteres geduldet, ja sogar durch die Polizei noch geschützt wird.

Das ist ein Zustand, den eben ein naiver Staatsbürger nicht begreifen kann.

Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr:
Gedenkfeier Karl Liebknecht-Rosa Luxemburg im „Volkspark“. Redner: Dr. Karl Schröder (Berlin.)

Autoritäre Staatsführung in den Gemeinden

Die neue Haushaltsordnung – ein Ausfluß reaktionärer Staatsgesinnung

Die Bracht-Kommissare haben am 2. November 1932 eine Haushaltsordnung erlassen. Da diese „Ordnung“ sehr wichtige Bestimmungen für die Stadt- und Landgemeinden enthält, kommt den nachfolgenden Ausführungen eines unserer kommunalpolitischen Mitarbeiters erhöhte Bedeutung zu.

Der größte Teil der deutschen Gemeinden befindet sich in bitterster Not. Den meisten Städten und Landgemeinden ist es beim besten Willen nicht möglich, ihre Haushaltspläne auszugleichen. Unmöglich ist es in den meisten Gemeinden, wichtige öffentliche Arbeiten durchzuführen, um damit einem Teil der Erwerbslosen Arbeit und Brot zu schaffen.

Die in Preußen mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragte kommissarische Regierung hat am 2. November 1932 eine

Haushaltsordnung

erlassen, die für alle Stadt- und Landgemeinden wichtige Bestimmungen über das Haushalt-, Rechnungs- und Kassenwesen enthält. Allerdings wird durch diese Verordnung ein Ausgleich der Haushaltspläne nicht erreicht werden. Das wird erst dann möglich sein, wenn Reich und Staat sich auf ihre Aufgaben besinnen und den Gemeinden die ungeheure Last der Wohlfahrtserwerbslosen abnehmen, die sie ihnen rücksichtslos auferlegt haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ja schon im Dezember 1930 den Weg gewiesen mit ihrem Antrage, daß alle Gruppen der Erwerbslosen, also die Empfänger von Arbeitslosenversicherung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung, in einer Erwerbslosenfürsorge zusammengefaßt und durch das Reich betreut werden sollten. Daß dieser wichtige Antrag nicht Gesetz werden konnte, liegt an den politischen Verhältnissen, die immer verworrener wurden, je mehr die Nazis an Mandaten gewannen.

Diktatur des Gemeindevorstandes.

Soweit die neue Haushaltsordnung ein einheitliches Recht in der Haushaltsgestaltung, vor allem aber in der Prüfung des Rechnungs- und Kassenwesens bringt, begrüßen wir diese Bestimmungen, weil sie unseren Forderungen entsprechen. Die Uebertragung der Diktatur von den Staatskommissaren auf die Bürgermeister und Gemeindevorsteher und damit die Ausschaltung der Selbstverwaltung halten wir nicht für einen Fortschritt. Im Gegenteil:

die sozialdemokratischen Gemeindevertreter verlangen die völlige Herstellung der Selbstverwaltung.

Auf diesem Gebiete haben im letzten Jahre die Inhaber der Gewalten im Reiche und in Preußen vollständig versagt.

Der Sinn der Haushaltsordnung

wird in den Ausführungsanweisungen zur Gemeindefinanzordnung vom 2. November 1932 (Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung vom 16. Dezember 1932, Nr. 55) folgendermaßen gekennzeichnet:

„Die Vorschriften der Gemeindefinanzordnung verfolgen einen doppelten Zweck: Sie sollen auf der einen Seite eine sparsame und geordnete Haushaltsführung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden sicherstellen; sie sollen ferner durch die Ausgestaltung des Ersatzbeschlußrechts die von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu treffenden Entscheidungen nach Möglichkeit bei diesen belassen und Eingriffe der Aufsichtsbehörden, die in letzter Zeit in ständig steigender Zahl erforderlich geworden sind, so lange hintanhalten, als noch eine gemeindliche Stelle bei Versagen der Vertretungskörperschaft oder des Gemeindevorstandes zur Fassung eines Ersatzbeschlusses vorhanden und bereit ist. Sie sollen weiter durch eine Vereinfachung der Beschlußfassung in Städten, Flecken, Landgemeinden und Aemtern bisher bestehende Hemmungen ausschalten.“

Zum Haushaltsplan wird verlangt,

daß für jedes Etatsjahr vom 1. April bis zum 31. März ein in Einnahme und Ausgabe ausgeglichener Haushaltsplan vorgelegt werden soll. Wird in einer Gemeinde ein nicht ausgeglichener Haushaltsplan festgestellt, so ist es in erster Linie Aufgabe des Gemeindevorstandes, gemäß § 24 der Gemeindefinanzordnung die zum Ausgleich des Haushalts erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Versagt das Gemeindeorgan, also in den Städten der Magistrat, in den Landgemeinden der Gemeindevorsteher, so werden diese Beschlüsse von der Aufsichtsbehörde gefaßt. Wie bisher wird der Entwurf des Haushaltsplanes vom Gemeindevorstand aufgestellt; er muß der Vertretungskörperschaft, also dem Bürgervorsteherkollegium bzw. dem Gemeindeausschuß, rechtzeitig vor Beginn des Rechnungsjahres mit einem Begleitbericht zugeleitet werden. In Gemeinden, in denen die Verwaltung ehrenamtlich geführt wird, kann von der Beifügung eines Begleitberichts abgesehen werden.

Jeder Gemeindevertreter muß aber nach diesen Bestimmungen den Entwurf des Haushaltsplanes erhalten. Der Entwurf des Haushaltsplanes ist zwei Wochen vorher öffentlich auszulegen; er ist allen Gemeindeeinwohnern gegen Angabe der Selbstkosten auszuhändigen. **Jeder wahlberechtigte Einwohner hat also das Recht, einen Gemeindehaushaltsplan vom Gemeindevorstand zu verlangen.**

Die gesetzlichen Bestimmungen sehen eine Vorberatung durch einen Ausschuß, also durch eine sogen. Finanzkommission vor. In Orten mit weniger als 500 Einwohnern kann davon abgesehen werden. Wir empfehlen diese Vorberatung, um schon durch Vorfragen in der Finanzkommission ein genaues Bild über den Haushaltsplan zu erhalten. Mit der Feststellung des Haushaltsplanes muß gleichzeitig — und das ist sehr wichtig! — über die Höhe der Kassenkredite Beschluß gefaßt werden.

Der Widerspruch des Vorstehers.

Beachtenswert ist die neue Bestimmung, daß der Vorsitzende des Verwaltungsorgans, also in den Landgemeinden der Gemeindevorsteher, gegen die Erhöhung von Ausgabeansätzen und Einnahmeschätzungen sowie gegen die Einstellung neuer Ausgaben durch die Vertretungskörperschaft Widerspruch erheben kann. Der Widerspruch hat die Wirkung, daß die Erhöhung der Ausgabe- und Einnahmesätze oder die neuen Ausgaben nicht in den Haushaltsplan aufgenommen werden dürfen. Das bedeutet praktisch eine Ausschaltung der Selbstverwaltung. **Der Wille des Vorsitzenden der Körperschaft gilt, nicht die Auffassung der Mehrheit der Gemeindevertretung.**

Wird der Haushaltsplan einer Gemeinde nicht bis zum 31. Mai des Rechnungsjahres festgestellt, so hat ihn der Gemeindevorstand festzustellen. Es wird also Aufgabe der Gemeindevertretungen sein, darauf zu achten, daß im Rahmen dieser Bestimmungen der Haushaltsplan unter allen Umständen vor dem 31. Mai beschlossen wird, damit sie sich nicht vollständig ihres Rechtes begeben, weil ja sonst an ihrer Stelle der Gemeindevorstand die Beschlüsse faßt. Hat der Gemeindevorstand bis zum 30. Juni den Haushaltsplan nicht festgestellt, so beschließt an seiner Stelle die Aufsichtsbehörde.

Keine Ausgabe ohne Deckung!

Außerordentlich beachtlich der § 9 der Gemeindefinanzordnung. Er besagt, daß bei der Beratung des Haushaltsplanes sowohl wie später nach seiner Feststellung Anträge, die zu einer Mehrausgabe oder Mindereinnahme gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplanes führen, in der Vertretungskörperschaft nur dann erörtert werden können, **wenn ihnen gleichzeitig ein Vorschlag über die Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben oder Mindereinnahmen beigefügt ist. Dieser Deckungsvorschlag muß sich im Rahmen des geltenden Reichs- und Landesrechts bewegen.** Mit den Agitationsanträgen der Nazis und Kozis ist es also vorbei!

In den Ausführungsbestimmungen wird gesagt, daß der Vorsitzende der Vertretungskörperschaft bzw. des kollegialen Gemeindevorstandes selbst Erörterungen darüber nicht zulassen darf. Es heißt wörtlich:

„Diese (die Vorsitzenden der Vertretungskörperschaften, Gemeindevorsteher, Bürgermeister) sind verpflichtet, die Aufnahme derartiger Anträge auf die Tagesordnung abzulehnen und ihre Erörterung in der Sitzung nicht zuzulassen. Zuwiderhandlungen gegen diese Verpflichtung, auf deren Beachtung im Interesse des Ausschusses und zur Vermeidung rein agitatorischer und praktisch wertloser Erörterungen Wert gelegt werden muß, können für die Vorsitzenden, soweit sie den Vorsitz als Beamte der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) führen, dienststrafrechtliche Folgen nach sich ziehen, während die nichtbeamteten Vorsitzenden **durch aufsichtsbehördliche Zwangsmittel gemäß § 132 LVG. zur Beachtung der Vorschrift des § 9 angehalten werden können.“**

Diese Bestimmung bezieht sich, soweit es die Städte betrifft, nur auf den Bürgermeister, der die gemeinschaftlichen Sitzungen leitet, nicht auf den Stadtverordnetenvorsteher in den Stadtverordnetensitzungen, da diese ja nur vorbereitender Natur sind.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Kölner Kammerorchester unter Abendroth

4. Philharmonisches Konzert

Das Kölner Kammerorchester hat sich bereits vor 2 Jahren im Rahmen der Philharmonischen Konzerte einen derartigen Erfolg errungen, daß man es wohl wagen konnte, dieses hervorragende Künstlerensemble abermals nach Halle zu laden. Wenn trotzdem unsere Begeisterung nicht den Grad erreichte, den die künstlerische Leistung an sich bedingte, so mag in erster Linie die Programmgestaltung daran Schuld tragen. Wir stehen nicht mehr in dem intimen Verhältnis zum 17. und 18. Jahrhundert, daß wir den zweifellos musikgeschichtlich interessanten Werken dieser Epoche die gleiche Anteilnahme entgegenbringen können wie die Zeitgenossen.

Arcangelo Corelli, dessen Concerto grosso Nr. 8, das „Weihnachtskonzert“, den Abend einleitete, ist einer der markanten Schöpfer des „Concerto grosso“, jener mehrsätzigen Instrumentalform, deren sich auch Händel vorzugsweise in seinen Orchesterwerken bediente. Es war zweifellos interessant, die Entwicklung des „Concerto grosso“ an Hand der gespielten Konzerte von Corelli und Händel (D-Dur, op. 6 Nr. 5 für Streichorchester) festzustellen. Leider ließ die Ausführung durch Prof. Hermann Abendroth die stilistischen Unterschiede nicht klar hervortreten, im Gegenteil behandelte Abendroth beide Werke nicht gravierend genug, besonders dem Händel gab er eine gänzlich unangebrachte mozartische Nuance, also eine Leichtigkeit, die der Formenwelt Händels nicht unmittelbar entspricht.

Riele Queling, die schon beim vorigen Gastspiel des Orchesters solistisch hervorgetreten war, spielte Johann Sebastian Bachs Konzert E-Dur für Violine und Streichorchester mit ausgezeichnet sauberer Technik, brachte jedoch leider nicht die herbe Kraft auf, die gerade das E-Dur-Konzert erfordert. Konnte sie sich schon im Adagio nicht immer dem Orchester gegenüber durchsetzen, so brachte sie im Schlußsatz (Allegro assai) nicht die Tonfülle auf, um sich trotz des hier besonders abgedämpften Orchesters genügend behaupten zu können.

Wesentlich näher ist uns die Musik Johann Christian Bachs, dessen Konzert Es-Dur für Cembalo und Streichorchester schon durch seine freiere und fließendere Melodik gewinnt. Mehr noch als in dem vor zwei Jahren gespielten D-Moll-Konzert von J. S. Bach konnte Julia Menz hier das Brillante ihrer Technik zeigen, die ihr dann auch einen selbst für diese Stätte selten starken Beifall eintrug.

Eine überaus duftige und zarte Wiedergabe der „Kleinen Nachtmusik“ von W. A. Mozart, jenem lieblichen, unsterblichen Musikstück, brachte dem Orchester und Hermann Abendroth den stürmischen Beifall eines ausverkauften Hauses.

K. S.

Hallisches Stadttheater

Richard-Wagner-Feiern im Stadttheater

Anläßlich des 50. Todestages von Richard Wagner veranstaltet das Stadttheater am 13. Februar ein Richard-Wagner-Konzert; ferner geht am 17. Februar als Festaufführung „Tristan und Isolde“ in Szene. In dem Konzert gelangen zur Aufführung: Wagner: Konzert-Ouvertüre C-Dur (zum ersten Male!), Siegfried-Idyll, Faust-Ouvertüre, Bruchstücke aus der Oper „Das Liebesverbot“ (zum ersten Male!) und das „Meistersinger“-Vorspiel sowie Liszts „Orpheus“ und Glucks Ouvertüre zu „Iphigenie in Aulis“. Dirigent des Konzertes: Johannes Schüler.

Das Weihnachtsmärchen „Dornröschen“ geht am kommenden Sonnabend zum letzten Male im Stadttheater in Szene. Diese letzte Aufführung beginnt 16 Uhr. Es gelten die bekannten kleinen Preise von 0.25 Mk. bis 1,50 Mk.

Theatervorstellungen für Erwerbslose

im Thaliatheater.

Im Januar finden zwei Vorstellungen für Erwerbslose im Thaliatheater statt. Zur Aufführung gelangt die Komödie „Nina, der Filmstar“ von Bruno Frank. Die erste Vorstellung findet am Dienstag, dem 17. Januar, abends 20 Uhr, für Erwerbslose mit den Anfangsbuchstaben A bis K statt, die zweite Vorstellung am Freitag, dem 20. Januar, abends 20 Uhr, für Erwerbslose mit den Anfangsbuchstaben L bis Z statt. Karten werden nur im Vorverkauf, und zwar gegen Vorlegung der Stempelkarten und Ausweise und Zahlung einer Gebühr von 20 Pf. pro Karte abgegeben. Der Vorverkauf für die Vorstellung am 17. Januar (Buchstabe A bis K) findet am Montag, dem 16 Januar, in der Zeit von 2 bis 3 Uhr nachmittags, der Vorverkauf für die Vorstellung am 20. Januar (Buchstaben L bis Z) am Donnerstag, dem 19. Januar, ebenfalls in der Zeit von 2 bis 3 Uhr nachmittags an der Kasse des Thaliatheaters statt.

Der Meisterboxer

Zweite Vorstellung der Erwerbslosen-Bühne.

Als zweite Vorstellung der Notgemeinschaft hallischer Schauspieler wurde gestern abend im überfüllten Thaliasaal der Schwank „Der Meisterboxer“ von Schwartz und Mathern gegeben. „Der Meisterboxer“ ist ein raffiniert auf Situationskomik zugeschnittenes Stück, das diverse Spießerallüren sowie den Boxer- und den Vegetarierfimmel durch den Kakao zieht. Die komischen Situationen, von den Verfassern oft schwindelerregend aufgetürmt, überstürzen sich fast, und so kam das überfüllte Haus aus dem Lachen nicht heraus. Für Erwerbslose, die sonst nichts zu lachen haben, ist das jedenfalls mal ganz gesund.

Die von Maxim Falcke betreute Aufführung war wieder mit großer Liebe vorbereitet worden und wickelte sich in echtem Schwankstil flott ab. Das Ensemble war recht gut eingespielt. Ossy Richards tobte sich geradezu in seiner Rolle als boxender Marmeladefabrikant nach allen Richtungen seiner drastischen Komik aus und errang oft auf offener Szene stürmischen Beifall. Pepi Lachnitt gab seine gestrenge Frau Adelheid, Walter Schoof seinen Sohn mit den noblen Allüren, Ly Carsten seine verliebte Tochter. Ein prächtiges Schwankpaar waren der mickrige lange Wipperling (Hermann Weitze) und seine rundliche resolute Frau Amalie (Else Picht). Maxim Falcke stellte einen sympathischen Boxer, Christel Christen eine feurige Italienerin und Leopold Bary einen jovialen Fabrikanten auf die Bretter.

—th—

Ausbau der Reilstraße

Mit 250 000 Mk. Reichsmitteln

Es wird jetzt bekannt, daß im Frühjahr 1933 ein Ausbau der als Ausfallsstraße nach Magdeburg wichtigen Reilstraße mit Mitteln der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten erfolgen wird. Insgesamt hat die Gesellschaft 20 Millionen Mark zur Verfügung, die für den Ausbau wichtiger Verkehrsstraßen verwendet werden sollen. Die Stadt Halle hat sich um ein Darlehen bemüht, mit dem die Reilstraße in einen besseren Zustand gesetzt werden soll. Es liegt bereits eine Zusage auf Gewährung von 230 000 Mk. vor, die sich noch um 23 000 Mk. Zuschuß von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erhöhen werden.

Der Ausbau wird sich voraussichtlich auf eine Strecke von 400 Meter erstrecken, und zwar vom Reileck bis zur Reilkaserne. Dabei wird nicht nur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219330112-17/fragment/page=0003

eine neue Pflasterung, sondern auch eine Verbreiterung der Fahrstraße um einige Meter vorgenommen. Etwa 100 Arbeitslose dürften durch dies Projekt wieder auf ein Vierteljahr in Lohn und Brot kommen.

Schweigen rechts — Schweigen links

Erörterung der Reichsbahn-Unregelmäßigkeiten unerwünscht.

Die Veröffentlichungen über die Unregelmäßigkeiten beim „Spar- und Vorschußverein" der Reichsbahn haben unter den Eisenbahnern große Empörung gegen die Schuldigen hervorgerufen. Man verlangt schnellste und restlose Aufklärung der dunklen Vorkommnisse und die Bestrafung der in die Affäre verwickelten Beamten.

Indessen verharren die beiden faschistischen Blätter, „Saale-Zeitung" und „National-Zeitung", in betreuem Schweigen. Kein Wunder, es sind ja die eigenen Leute, die an dem Skandal beteiligt sind. Ja, wenn das Marxisten wären . . .! Auch der „Klassenkampf" erachtet es der Mühe nicht für wert, sich darum zu kümmern, wenn 100 000 Mk. Spargelder kleiner Eisenbahner verpulvert werden. Er hat wichtigeres zu tun, er muß die „Wehrag-Wahl im Weltmaßstabe" vorbereiten.

Unsere Mitteilungen über den Skandal werden nicht bestritten. Auf Anfrage der „Hallischen Nachrichten" teilte die Reichsbahndirektion lediglich mit, daß man sich über Einzelheiten noch nicht äußern könne. An der Tatsache, daß große Schweinereien vorgekommen sind, ist also nicht zu rütteln.

Einbrecher bewirten sich selbst

In der Nacht zum Mittwoch drangen Einbrecher in einen Lebensmittel-Kellerladen in der Königstraße ein. Es wurden Waren für 120 Mk. gestohlen, außerdem 6 Mk. Bargeld die sich in der Ladenkasse befanden. Die Diebe benutzten den Weg durch einen Kellergang und kamen dann durch eine eiserne Gittertür in den Laden. Anscheinend waren drei Mann am Werke, denn es wurden drei angetrunkene Bierflaschen auf dem Ladentisch gefunden. Außerdem hatten die Eindringlinge den Laden in der gemeinsten Weise mit Kot verunreinigt.

In der gleichen Nacht wurde ein Einbruch in eine Konditorei in der Leipziger Straße verübt. Hier hat sich der unbekannte Besucher an der Schlagsahne gütlich getan und einige Flaschen Bier getrunken.

SPD., Ortsverein Halle

Ortsbezirksversammlungen

Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr:

4. Ortsbezirk: Restaurant Max Kloppe, Hardenbergstraße.
9. Ortsbezirk: Restaurant „Zum gemütlichen Fritz", Kleine Brauhausstraße.
11. Ortsbezirk: Restaurant Leuchte, Wörmlitzer Straße.
14. Ortsbezirk: Restaurant „Wasserwinkel", Böllberg.

Sozialistische Wochenendschule

Der Kursus über: Planwirtschaft

Leitung: **Genosse Reichwein, Professor an der Pädagogischen Akademie, beginnt am Sonnabend, dem 14. Januar, abends 6 Uhr, im Jugendheim, Große Märkerstraße 7, Seitengebäude 3. Stock.**

Bildungsausschuß der SPD.

Karl Ertinger plaudert aus KPD.-Schule:

Eroberung des AKV. durch die KPD. muß zwangsläufig zum Zusammenbruch führen

Das Amtsgericht Halle hatte am 31. Oktober den verflossenen Konsumdirektor Karl Ertinger wegen Nichtabführung der Sozialbeiträge (über 20 000 Mk.) für die Beleghaft des Allgemeinen Konsumvereins Halle und der Migros zu 25 und 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte dagegen Berufung eingelegt. Die Strafkammer Halle hat diese Berufung aber verworfen.

Karl Ertinger versuchte in der gestrigen Verhandlung, einmal alle Schuld auf die Wehag zu schieben, dann wieder machte er die Herren Bernstein und Hahnisch verantwortlich, die ihm im Februar 1931 beiseite gedrängt hätten, und schließlich versuchte er sogar, allerdings erfolglos, die Amnestie herbeizurufen. Ertinger, der jetzt in Berlin wohnt und dort Krisenunterstützung bezieht, machte im übrigen vor der Strafkammer einige Ausführungen über die Konsumpleite, die nicht ohne Interesse sind. So sagte Ertinger,

er habe seinerzeit gewarnt, den AKV. durch die KPD. zu übernehmen, da man damit den Konkurs des Unternehmens übernehme. Es sei alles so gekommen, wie er es vorausgesagt habe. Er war von vornherein der Meinung, daß sich der Konsum nicht halten lasse.

Ueber die ominöse Migros, die man früher immer als eine selbständige und vom AKV. unabhängige Unternehmung Ertingers hingestellt hatte, erklärte Ertinger, daß sie ein Tochterunternehmen des AKV. Halle war und dafür der Vorstand des AKV. ebenfalls voll verantwortlich war. Weiter betonte er, daß er seine Taten nicht begangen hätte, wenn er nicht unter dem Einfluß der KPD. gestanden hätte. So aber habe er sich, obwohl er anderer Meinung gewesen sei und deshalb auch als „unsicherer Kantonist" gegolten habe, der Parteidisziplin gefügt.

*

Diese Aeußerungen des einstigen Leiters des Allgemeinen Konsumvereins bestätigen erneut, daß

der AKV. einzig und allein durch die Schuld der KPD. vernichtet worden ist.

Hätte sie nicht ihre unsinnige, ja verbrecherische Parteipolitik in das Unternehmen hineingetragen, könnte der AKV. heute noch bestehen.

Ein spätes Opfer des Krieges

Oberpostschaffner zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Wenn der Krieg nicht gewesen und der Oberpostschaffner Hermann Weiner aus Halle nicht im Felde verschüttet worden wäre, hätte er dann die Verfehlungen begangen, wegen denen er zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden ist?

Diese Frage stellen, heißt, sie zu verneinen! Sie bildet die Erklärung, weshalb der 33 Jahre der Reichspost treu und redlich dienende Beamte sich vor der Strafkammer Halle zu verantworten hatte. Weiner, ein verheirateter 54jähriger Mann, war im Bahnpostdienst auf der Strecke Halle—Hannover tätig. Er bezog monatlich 190 Mk. Gehalt, außerdem bekam er für die Dauer der Postfahrten ein Stundengeld von 30 Pf. In der Zeit von 1930 bis Oktober 1932 hat er in über zehn Fällen

Briefe geöffnet und Geldbeträge daraus entwendet,

insgesamt für etwa 150 Mk. Außerdem hat er ein Päckchen geöffnet und den Inhalt an sich genommen. Er hat bei seinen Verfehlungen nicht nur Briefe, die er in der Bahnpost zu bearbeiten hatte, geöffnet, sondern auch Postbeutel geöffnet und durchsucht, mit denen er selbst nichts zu tun hatte. Den Erlös hat er für sich verwendet. Bei einer Haussuchung wurden bei W. 700 Mk. Bargeld gefunden, so daß wirtschaftliche Not nicht vorliegt, obwohl der verheiratete Sohn des Angeklagten seit 1½ Jahren arbeitslos ist und auch der Schwiegervater keine Arbeit hat.

Nach dem Gutachten des psychiatrischen Sachverständigen ist die Tat wohl darauf zurückzuführen, daß sich bei W. nach dem Kriege, in dem er verschüttet worden war, gewisse Erscheinungen von Nervosität einstellten, die ein Nachlassen seiner geistigen und körperlichen Widerstandskraft bewirkten und schließlich auch seine moralischen Kräfte versagen ließen. Wie sollte man sich auch eine solche unsinnige Tat sonst erklären können? Ein normaler Mensch wird doch kaum um so geringer Vorteile willen seine Lebensstellung aufs Spiel setzen!

Im Gegensatz zum Staatsanwalt, der mit dem vollkommen gebrochenen Mann überscharf ins Gericht ging, verurteilte ihn das Gericht zur zulässigen Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus und 100 Mk. Geldstrafe. Auch dieses Urteil ist für den Mann geradezu vernichtend, so schwer auch solche Vergehen im allgemeinen zu ahnden sind. Er brachte als letztes Wort nur den Satz hervor: „Wenn ich gewußt hätte, wie schwer dieses Verbrechen ist, hätte ich es bestimmt nicht getan!"

Albanien, wie es wirklich ist

Im bis auf den letzten verfügbaren Platz gefüllten Hörsaale der Universität sprach am Mittwochabend in einer Veranstaltung der Volkshochschule Frau Tandafilo Omer-Bey Nishani aus Durazzo über das Thema: „Albanien, wie es wirklich ist."

„Albanien frei!" – Diesen Ruf hörte man zum ersten Male nach der Befreiung dieses kleinen Landes von der türkischen Herrschaft, die der große Albaner Georg Skander Bey vollbracht hatte. Bei dem Siegeszug der Türken nach Wien in der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts aber wurde Albanien wieder von den Türken unterjocht. Die Türken hausten grausam im Lande, sie zwangen die Albaner, den Glauben Mahomets anzunehmen. Trotzdem aber ist Skander Bey der Nationalheld der Albaner geblieben, seine Heldenlieder werden noch heute gesungen. Die Albaner haben zähe ihre Eigenheiten bewahrt und die Balkanwirren der Jahre 1911/12 brachten wieder ein freies Albanien, die albanische Republik. Der Versuch, Albanien in eine Monarchie umzuwandeln, führte dazu, daß der Prinz zu Wied, ein naher Verwandter des deutschen Kaisers, König von Albanien wurde. Nicht lange dauerte diese Herrlichkeit, dann zwangen ihn die Albaner, das Land zu verlassen. Im Weltkrieg ist Albanien der Kriegsschauplatz für alle geworden. Die Oesterreicher verloren nach Kriegsende sofort das Land, die Italiener blieben. Sie wollten das Adriatische Meer sicher beherrschen. Aber ein albanischer Volksaufstand vertrieb auch sie nach einem erbitterten Straßenkampfe aus Balona. Albanien ist wieder ein selbständiger Staat, in dem sich keine fremden Truppen eingenistet haben. Und die Albaner bauen nun im Frieden ihr Land aus. Bis Achmed Zogu, ein Albaner, sich der Macht bemächtigt und sich besonders mit Italiens Hilfe zum König von Albanien macht. Und dieser italienfreundliche König herrscht noch heute in Albanien. Italien hat sein Ziel erreicht. Es beherrscht die Adria, es betrachtet den albanischen Raum als einen Raum, in dem es seinen Menschenüberfluß unterbringen kann. Denn dieser albanische Raum ist nur wenig bevölkert, fruchtbar und reich an Bodenschätzen, die noch kein Mensch zu heben versucht hat.

Diese aufschlußreichen Ausführungen des politischen Schicksals des Staates Albanien wurden ergänzt durch Schilderungen der albanischen Sitten, des Volkes und der Landschaft. Die Lieder, die von der Vortragenden gesungen wurden, gaben der ganzen Veranstaltung einen eigenartigen Reiz, den Reiz der albanischen Sprache und Musik.

Wieder die Firma Sobel

In einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Halle stand wieder einmal eine Klage gegen die Firma Sobel an. Die Klage mußte aber wegen des inzwischen erfolgten Konkurses der Firma abgewiesen werden, da die Forderung des Klägers, es handelt sich wohl um eine Lohnforderung, beim Konkursverwalter zur Konkursmasse angemeldet werden und die Klage dann gegen den Konkursverwalter laufen muß.

Letzte Nachrichten

Hitler toleriert Schleicher

Das über die Hitler-Partei im allgemeinen ausgezeichnet informierte oppositionelle Wochenblatt Otto Strassers teilt in seiner heutigen Ausgabe mit, daß „nach sicheren Informationen noch in dieser Woche eine Aussprache zwischen Schleicher und Hitler stattfinden" wird. Ueber das Ziel dieser Aussprache glaubt Otto Strasser aus bester Quelle folgendes melden zu können: Um eine endgültige Bereinigung des Gegensatzes Hitler-Schleicher herbeizuführen, vermittelt Schleicher die Entschuldigung der Hitler-Partei, wofür sich Hitler zur Unterstützung des Kabinetts bereit erklären wird. Das Organ Strassers schreibt, daß diese Behauptung aus bester Quelle sei und jedem Dementi standhalte.

Alle Zuschriften sind ausschließlich „An die Redaktion" und nicht an einzelne Redakteure zu richten.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und Provinz: i. V. G. Kaspareck; für Lokales und Kommunalpolitik G. Kaspareck; für Sport: Gerhard Günther; für den Anzeigenteil: Walter Küster; sämtlich in Halle. – Druck und Verlag Hallesche Druckerei-Gesellschaft m.b.H., Halle, Große Märkerstraße 6.

Aufruhr in Kraneberg

Roman einer Zuchthausrevolte

Von Werner Scheff.

Copyright 1930 by Wilh. Goldmann Verlag, Leipzig

42) (Nachdruck verboten.)

Balke blieb mit dem Kind allein, aber er brachte es nicht mehr fertig, das harmlose Spiel mit dem Kleinen fortzusetzen. Schwer war sein Kopf, schwerer sein Herz. Er hätte stets an der eigenartigen Moral gehangen, die sich die Unterwelt zurechtgelegt hatte, dieses sonderbare Gemisch von Ueberlieferung und Gaunerstolz. Es war ihm zur zweiten Natur geworden, weil er andere Ehrbegriffe niemals kennengelernt hatte. Jetzt bildete die Anhänglichkeit an die Kameraden eine unsichtbare Kette, die ihn an Kraneberg fesselte.

Als Gerda zurückkam, fand sie ihn in Gedanken versunken am Fenster vor, während hinter seinem Rücken das Kind eingeschlafen war.

„Wie siehst du denn aus . . . du hast ja wieder geheult?" fragte er heftig, sobald sie neben ihn trat und den Arm um ihn legte.

Sie konnte es nicht abstreiten. Ihr verweintes Gesicht zeigte zu deutlich, daß sie mit ihrer Mutter nicht in Frieden ausgekommen war.

„Was will sie von dir?" preßte Balke hervor, „hat sie sich noch immer nicht gefügt?"

Gerda kämpfte mit sich. „Das . . . das ist es doch nicht. Aber ich kann es dir nicht sagen. Sie will selbst mit dir reden."

„Wann? Gleich? Wenn sie jetzt nicht für mich zu sprechen ist, kann es lange dauern, bis wir wieder zusammenkommen."

„Ich glaube, sie wartet unten auf dich."

Irgend etwas an ihr warnte Balke vor dieser Auseinandersetzung mit ihrer Mutter. Er wußte nicht, was es war, aber das Mädel kam ihm so eingeschüchtert vor, so ganz anders als vorhin.

Als er sich zur Tür wandte, hing sie plötzlich an seinem Hals.

„Na, was ist denn, Kleines?" fragte er und zwang sich zu dem alten Ton, der von früher her zwischen ihnen war, „was gibt's denn?"

Sie bebte, sie preßte ihren Körper an ihn. „Ich . . . ich will von alledem nichts wissen", stammelte sie, „ich muß dich haben, Bruno, nur dich!"

„Aber . . . wer will mich dir denn wegnehmen? Geh, das glaubst du doch selbst nicht. Und nun zeig' mir nur, wo ich Muttern finde. Muß ihr mal den Kopf zurechtsetzen, der guten Frau."

Er sagte es heiter, mit lächelndem Gesicht, in dem das dunkle Heftpflaster auf der Stirn wie ein Schatten saß. Aber in seinem Herzen war eine große Bangigkeit, die ihn quälte.

Sie gingen hinunter ins Vorzimmer. Dort deutete Gerda auf die Tür zum Wohnzimmer.

„Ich bin gleich wieder oben", rief er ihr leise zu, als seine Hand schon auf der Klinke ruhte, „laß aber das Kind liegen, wo's liegt. Dann habe ich noch eine Weile für euch beide Zeit. Inzwischen sprich mal mit dem Heiner! Der weiß was Schönes!"

Mit einem Gefühl geringer Erleichterung öffnete er und trat ein.

14.

Frau Kuhlmann saß nicht mehr in ihrem Ohrensessel. Sie erhob sich bei Bruno Balkes Erscheinen vor einem Schreibtisch, an dem sie manche Stunden des Tages verbrachte. Sie war klein, zierlich wie Gerda. Kluge Augen saßen in ihrem noch immer hübschen Gesicht. Es lag in diesen Augen eine große Güte, aber oft konnten sie scharf und herrisch blicken. Sie war die Tochter eines kleinen Geschäftsmannes, hatte einen kleinen Geschäftsmann geheiratet und war in der Gedankenwelt der kleinen Leute aufgewachsen. Nach dem Tode ihres Mannes hatte sie lange Jahre die ergiebige Zigarettenede in der Leipziger Straße fortgeführt, bis ein großer Konzern ihr den Laden unter guten Bedingungen abgenommen hatte. Sie war gut und wußte mit dem Pfennig zu rechnen.

Sie vermied es, Balke so zu mustern, wie es ihr Recht gewesen wäre. Sie hatte ihn bisher nur einmal gesehen, von weitem, als sie damals hinter dem Rücken ihrer Tochter zum zweiten Verhandlungstag nach Moabit gegangen war. An jenem Tage war die Prüfung für den Mann, der das Unglück in ihr Haus gebracht hatte, nicht günstig ausgefallen. Dafür hatte der Staatsanwalt gesorgt.

„Guten Abend, Frau Kuhlmann", grüßte er und fand es eigentlich albern, daß er so steif zu der Mutter seiner Gerda sprach; aber es ging von der kleinen Frau etwas aus, das ihn vom ersten Moment an in Distanz hielt.

„Guten Abend . . . das ist schön, Balke, daß Sie sich nicht lange bitten lassen. Kommen Sie, wir haben so viel zu besprechen. Das ist beinahe wichtiger, als daß Sie sich hinauf zu meiner Gerda setzen. Von der wissen Sie genug . . . aber so eine ältere Frau hat manchmal ganz sonderbare Einfälle, die Ueberraschung bringen."

Sie sprach sehr schnell und hastig, reichte ihm die Hand, ließ sie nicht mehr los und zog ihn zu den Sesseln hin, wo das Tischchen mit dem Lautsprecher stand.

„Nett von den Herren in Kraneberg, daß sie Ihnen einmal Urlaub gegeben haben. So was kommt selten vor, habe ich gehört. Ja, setzen Sie sich nur ganz bequem. Gott, was haben Sie denn an der Stirn . . . sind Sie gefallen?"

Aber sie wartete seine Antwort nicht ab und redete weiter. Dabei ruhte der Blick ihrer grauen Augen unentregt auf ihm. Er ging ihm durch und durch. Dieser Einwirkung hätte es aber nicht mehr bedurft, schon jetzt war er mürbe, seit ihren ersten Worten. Sie hatte eine eigene Art, zu sprechen, daß es freundlich klang und doch rückhaltlos, warm und doch kalt. Wie sie vor ihm saß, leicht nach vorn gebeugt, kam sie Balke wie ein Richter vor. Sie wußte ihre Würde zu bewahren, gerade in dieser Stunde, in der sich Menschenschicksale entschieden.

„Hat sich etwa herausgestellt, daß dieser . . . wie hieß er nur . . . richtig dieser Padowski existiert? Hat man ihn endlich gefaßt?"

Balke kam nun dazu, ihr zu erklären, daß dem nicht so wäre. Er rang mit ihr um die Möglichkeit, noch mehr zu sagen.

„Ich habe Gerda die Wahrheit verschwiegen, Frau Kuhlmann", warf er mitten in ihren neuen Satz ein, mit dem sie sich über Padowskis rätselhaftes Verschwinden äußern wollte, „ich habe nämlich keinen Urlaub."

Die kleine Frau schwieg betroffen.

„Ich bin ausgebrochen, wenn Sie's so nennen wollen. Wir haben drüben in Kraneberg eine Revolte gehabt, heute abend. Die Anstalt gehört uns, wenigstens war es noch so, wie ich fort bin. Morgen früh sollte ich eigentlich wieder bei meinen Kameraden sein."

„Also . . . kein Urlaub? Es kann in jedem Augenblick jemand von der Polizei kommen und Sie wieder holen?"

Balke mußte auflachen. „Nee, so einfach geht das nicht Frau Kuhlmann. Die wissen noch nichts davon, daß ich hier bin."

„Kann man Sie nicht gesehen haben, als Sie vorhin kamen?"

Sie fragte es ängstlich, wie eben ein Mensch fragt, der zeit seines Lebens mit der Polizei nie etwas anderes zu tun hat, als einmal Auskunft über einen Mitmenschen zu geben oder sich mit einem Beamten über eine kleine Uebertretung der Siebenuhr-Ladensperre auseinanderzusetzen.

„Nur keine Angst, ich war sehr vorsichtig, Frau Kuhlmann", tröstete Balke, ohne den tieferen Sinn ihres Entsetzens zu erfassen, „wissen Sie, ich hab's nicht anders können. Freiwillig hat mir der Direktor keinen Urlaub geben wollen. Da mußte ich mitmachen, um fortzukommen zu Gerda und zu dem Kleinen.

„Pängen Sie denn noch so sehr an den beiden?" fragte die kleine Frau mit sichtlicher Neugier.

„Aber . . . aber wie können Sie so etwas fragen? Ob ich an Gerda und dem Jungen hänge? Na ob . . . ich hab's schon gar nicht mehr ausgehalten, Frau Kuhlmann."

Eine kleine Pause. Zwei kluge Augen schienen bis in die Seele Balkes zu schauen

„Ich . . . das ist natürlich etwas anderes", sagte Gerdas Mutter dann mit einem gewissen Bedauern.

„Wie meinen Sie das, Frau Kuhlmann?"

„Ich wollte doch . . . mit Ihnen mal vernünftig sprechen. Aber Sie scheinen dafür nicht zu haben zu sein. Sie sind noch ein bischen zu jung, lieber Balke. Sonst würden Sie anders reden."

„Was soll ich denn reden? Wenn Sie wissen wollen, ob ich Gerda und das Kind lieb habe, muß ich doch ja sagen. Was wahr ist, ist wahr!"

„Und Ihre Zukunft?"

Balkes Gesicht färbte sich rot. „Glauben Sie etwa, daß ich mir darüber keine Gedanken mache?" Es klang etwas voltrig, ungewollt heftig.

„Gewiß . . . gewiß", begütigte die kleine Frau, „nach allem, was mir Gerda erzählt hat, sind Sie ein . . . ein ganz anständiger Mensch. Ich weiß doch, man wird immer das, wozu man erzogen wird. Wenigstens in der Richtung nach unten gilt das bestimmt. Nehmen Sie mir's nicht übel, lieber Balke, ich verstehe alles. Es ist mir nicht leicht gefallen, denn bis zu dem Tag, an dem mir Gerda die Sache eingestand, habe ich andere Ansichten gehabt. Ich hab's auch dem Mädel zuerst nicht leicht gemacht, habe viel gescholten und gewettert und nicht begreifen können, wie sie sich so weit hat vergessen können. Aber mein seliger Vater hat immer gesagt: es gibt nichts in das sich der Mensch nicht fügen kann. Und ich glaube an Gott, Balke, ich bin im Glauben an Gott groß geworden. Wenn er eine Prüfung geschickt hat, weiß er auch wozu."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219330112-17/fragment/page=0004

Merseburg

(Geschäftsstelle: Telephon Nr 2238.)

Wenschecks Ausschluß endgültig

Ein Parteischiedsgericht unter dem Vorsitz des Genossen Reichstagsabgeordneten Becker (Herborn) hat einstimmig den früheren Leiter der Baugewerkschaft Altenburg, Fritz Wenscheck, gemäß § 28 Abs. 1c des Organisationsstatuts aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß ist endgültig, da er vorher schon von einem Bezirksschiedsgericht — ebenfalls einstimmig — ausgesprochen war und eine Berufung an den Parteitag nur zulässig ist, wenn die Entscheidungen erster und zweiter Instanz voneinander abweichen. In beiden Instanzen haben die von Wenscheck ernannten Beisitzer mit für seinen Ausschluß gestimmt.

Kleine Tagesnachrichten

Gestern nachmittag gegen 17 Uhr fuhr ein Motorradfahrer an der Eisenbahnüberführung in der Teichstraße gegen eine Mauer. Er wurde leicht verletzt, sein Rad teilweise beschädigt.

Auf dem Bahnkörper an der Weißenfelser Straße wurden von Güterzügen Kohlen entwendet und Signalanlagen beschädigt. Die Kohlen fand man auf dem Bahnkörper und an der Böschung herumliegen. Die Tat geschah zwischen 23 und 24 Uhr. Die Täter sind bisher nicht festgestellt.

Ecke Weißenfelser Straße und Kleiststraße stießen heute früh ein Radfahrer und ein Milchauto zusammen. Es entstand nur Sachschaden.

Kreis Eckartsberga

Besucht folgende Veranstaltungen!

Leubingen. Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Pescht

Oeffentlicher Filmvortrag.

Es werden gezeigt die Filme: „Freie Fahrt“, ein Film vom werdenden Menschenrecht.

„Am Anfang war das Wort“, ein Film aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Außerdem ein Vortrag des Genossen Brauer (Querfurt).

Bilzingsleben. Sonntag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Gemeindeschenke

Oeffentlicher Filmvortrag.

Es wird gezeigt der Film

„Die Mutter“.

Dazu ein Vortrag des Genossen Brauer (Querfurt).

Wir laden zu diesen Veranstaltungen unsere Mitglieder sowie Freunde und Anhänger unserer Partei freundlichst ein.

Provinziallandtag am 20. März

Keine Erhöhung der Provinzialumlage beabsichtigt

Merseburg, den 12. Januar.

Der Provinzialausschuß befaßte sich gestern in einer Sitzung mit der Vorberatung des Haushaltsplanes, der dem Provinziallandtag vorzulegen ist. Die Schwierigkeiten, die in diesem Jahre bei allen Etatsberatungen vorliegen, treffen in besonderem Maße auch für die Aufstellung des Provinzialetats zu, der auf den Einnahmen aus Ueberweisungssteuern und Dotationen und auf der Provinzialabgabe beruht. Der Provinzialausschuß hielt es daher wegen der schwierigen Lage der Kommunalverbände für geboten, die

Provinzialumlage auf der vorjährigen Prozentziffer von 13½ Prozent

zu halten, was eine wesentliche Verminderung der von den Kommunalverbänden zu zahlenden Umlagesumme bedeutet.

Bei Aufstellung eines Haushaltsplans, der mit einer derartig reduzierten Provinzialabgabe rechnet, mußten die stärksten Einschränkungen auf allen Gebieten erfolgen. Für die Bauunterhaltung, die Beschaffung des Gerätes usw. in den zahlreichen Provinzialanstalten können die Summen nicht bereit gestellt werden, die auf die Dauer zur Erhaltung der Substanz notwendig sind. Der nächste Etat wird deshalb als Ausnahme gelten müssen, und man wird auf seine Ansätze in späterer Zeit nicht zurückkommen können, da der echte Bedarf unterschritten wird.

An die zuständigen Stellen wurde eine Entschließung gerichtet, die auf die große Erwerbslosennot im Provinzialgebiet hinweist und

dringend die Aufnahme der Arbeiten am Mittellandkanal in das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches erbittet.

Die Gemeindefinanzverordnung vom 2. November 1932 schreibt vor, daß eine Finanzordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Provinz geschaffen werden muß. Zur Vorbereitung einer Landtagsvorlage wurde eine Kommission gewählt.

Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf einer

Verordnung über die Wirtschaftsführung der Träger der Sozialversicherung

ausgearbeitet worden. Der Provinzialverband ist an der Verordnung wegen seiner Beziehungen zur Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und zur Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft interessiert. Die in dem Entwurf vorgesehenen Bestimmungen können auch für die Wirtschaft des Provinzialgebietes nachteilige Folgen haben. Deshalb wurde an die zuständige Stelle folgende Entschließung gerichtet:

„Der Provinzialausschuß bittet den Herrn Reichsarbeitsminister, den Entwurf einer Verordnung über die Wirtschaftsführung der Träger der Sozialversicherung nicht weiterverfolgen zu wollen. Er hegt ernsteste Bedenken gegen den in Aussicht genommenen § 27g, wonach der Herr Reichsarbeitsminister für die Anlegung und Verwaltung des Vermögens der Versicherungsträger das Nähere vorschreiben kann. Er fürchtet, daß diese unbeschränkte Befugnis **zu einer Zentralisierung der Vermögensanlagen führen würde, während bisher die aus den Beitragseinnahmen herrührenden Vermögenswerte der Versicherungsträger überwiegend der Wirtschaft derjenigen Länder und Provinzen zugute kamen, aus denen sie stammen.** Starke Bedenken hegt der Provinzialausschuß ferner gegen die Vorschriften zur Haushaltsordnung. Das Erfordernis der Zustimmung der Aufsichtsbehörde zum Haushaltsplan erscheint mit dem Grundsatz der Selbstverwaltung schlechthin unvereinbar. Ganz unmöglich erscheint aber eine Regelung, nach der die Aufsichtsbehörde in der Lage ist, ohne an irgendwelche Gründe oder Rechtskontrollen gebunden zu sein, die Zustimmung nach ihrem Ermessen zu verweigern und den Haushaltsplan selbst festzusetzen.“

Vor dem Zusammentritt des Provinziallandtages wird der Provinzialausschuß noch zwei Sitzungen abhalten.

Als Termin für den Provinziallandtag hat der Provinzialausschuß den 20. März vorgesehen. Die Staatsregierung wird gebeten werden, das Provinzparlament für diesen Tag einzuberufen.

Achtung! Ortsvereine der SPD!

Von einigen Ortsvereinen fehlen noch die Abrechnungen für das 4. Quartal 1932, deren Einsendung bis zum 9. Januar 1933 erfolgen sollte.

Diejenigen Ortsvereine, die mit der Uebersendung der Abrechnungen und Einsendung der Beiträge noch im Rückstande sind, werden hiermit ersucht,

sofort

Abrechnungsformulare und Beiträge dem Bezirk einzusenden.

Der Bezirk muß seinerseits in diesen Tagen die Gesamtabrechnung mit dem Parteivorstand in Berlin vornehmen und bedarf zu diesem Zwecke der sofortigen Uebersendung der Abrechnungen.

Der Bezirksvorstand.

Betrogene Paten

Ein gerissener Betrüger nutzt arbeiterfeindliche Bestrebungen für sich aus

Zu den Werkzeugen der Reaktion, mit denen die durch die Revolution von 1918 eroberten Rechte der Arbeiterschaft wieder zunichte gemacht werden sollten, gehört auch die deutschnationale Wochenzeitung „Der deutsche Vorwärts“. Dieses üble Machwerk, ein Vorläufer der Nazi-Presse, wurde durch Massenbezug von vielen deutschen Unternehmern unterstützt. Sie übernahmen eine sogenannte „Patenschaft“, d. h. sie verpflichten sich, laufend eine Anzahl Exemplare dieser Zeitung abzunehmen und an die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten umsonst abzugeben. Der Zweck war, die in diesem Blättchen gegen die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften veröffentlichten Lügen und Verleumdungen unter die Massen zu bringen und den Boden der Arbeiterbewegung zu untergraben. Das ist nun zwar, trotz der indirekten Hilfe der kommunistischen Agitation, nicht gelungen. Aber einige Personen haben sich durch das Bestehen dieses Schmutzblattes doch jahrelang über Wasser halten können. Zu diesen Personen gehörte auch der am 12. April 1906 in Hamburg geborene Kaufmann Otto Becke, der, wie schon kurz gemeldet, in Frankfurt a. M. wegen Betruges kürzlich verhaftet worden ist.

Nachträglich werden von der Pressestelle des Polizeipräsidiums Weißenfels noch nähere Einzelheiten über die betrügerische Tätigkeit Beckes bekanntgegeben. Danach hat B., teils unter anderen Namen (Weber, Becker, Witte) bereits seit Juni 1930 fortlaufend diese Betrügereien ausgeführt, bis zum August 1930 in Gemeinschaft mit dem noch gesuchten Kaufmann Otto Carroux, geboren am 30. Juli 1896 in Altona. Diese betrügerische Tätigkeit erstreckte sich fast über das ganze Deutsche Reich. Auf verschiedene Städte (im Ruhrgebiet) kann sich der Festgenommene, der geständig ist, gar nicht mehr besinnen, so umfangreich war das Gebiet. Auch in unserem Bezirk hat er erfolgreich gearbeitet, und zwar von Mitte bis Ende 1931 in Halle, Merseburg, Eilenburg, Delitzsch, Bitterfeld, Wittenberg, Eisleben, Naumburg, Zeitz usw. Zuletzt war er in Süd- und Westdeutschland tätig, bis man ihn am 12. Dezember vorigen Jahres in Frankfurt a. M. schnappte.

Man kann sich vorstellen, mit welchem Erfolge Becke seine Tätigkeit ausgeübt haben muß, wenn er diese über zweieinhalb Jahre betrieb, trotzdem er dazu keinen Auftrag hatte und die einkassierten Bezugsgelder für sich behielt. Es müssen also nicht wenige Unternehmer gewesen sein, die „Patenstelle“ zu übernehmen bereit waren und das dafür aufzubringende Geld nicht scheuten. Mit der Festnahme des Betrügers und seinem Geständnis ist nun auch einmal amtlich festgestellt worden, mit welchen Mitteln die Arbeiterbewegung bekämpft wird.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 2 — **Donnerstag, den 12. Januar** — 1933

Realsteuerzuschläge für 1932.

Die städtischen Körperschaften haben am 5. April 1932 und 25. Oktober 1932 — X 76/32 — für das Rechnungsjahr 1932 die nachstehend genehmigten Realsteuerzuschläge beschlossen:

Beschluß.

Die von den städtischen Körperschaften zu Merseburg für das Rechnungsjahr 1932 beschlossene Erhebung eines Zuschlages von

250 Prozent zur Grundvermögenssteuer bei bebauten Grundstücken,

250 Prozent zur Grundvermögenssteuer bei unbebauten Grundstücken,

600 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage,

1500 Prozent zur Gewerbesteuer nach der Lohnsumme,

sowie eines Mehrzuschlages von 20 Prozent zu den Zuschlägen zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage und zur Gewerbesteuer nach der Lohnsumme als Zweigstellensteuer gemäß § 43 Absatz 1 Ziffer 1 der Gewerbesteuerverordnung wird hierdurch genehmigt.

Merseburg, den 9. November 1932.

Der Bezirksausschuß zu Merseburg.
(L. S.) gez. Dr. Knoll.
— B. 3778 —

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.
O. P. 16287. C.
Magdeburg, den 31. Dezember 1932.
Fürstenwallstraße 19.

Bescheid.

Zu der von den städtischen Körperschaften in Merseburg für das Rechnungsjahr 1932 beschlossenen Erhebung eines Zuschlages zu den staatlich veranlagten Realsteuern von

250 Prozent zur Grundvermögenssteuer bei bebauten Grundstücken,

250 Prozent zur Grundvermögenssteuer bei unbebauten Grundstücken,

600 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage,

1500 Prozent zur Gewerbesteuer nach der Lohnsumme

erteile ich hiermit die Zulassung.

Diese Zulassung findet ihre Rechtsgrundlage in dem § 56 Absatz 3 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 in der Fassung des Artikels 5 Nr. 5 des Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung vom 13. Mai 1918 (Preußische Gesetzsammlung Seite 53) in Verbindung mit dem Gesetz vom 3. Januar 1928 zur Wiederinkraftsetzung des Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung (Preußische Gesetzsammlung Seite 1) und dem § 41 der Verordnung über die vorläufige Regelung der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 1927 (Preußische Gesetzsammlung S. 21) sowie in der mir durch Verfügung des Herrn Ministers des Innern und des Herrn Finanzministers vom 24. Juli 1922, betreffend Realsteuerzuschläge der Gemeinden (Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung S. 755) und durch Runderlaß des Herrn Ministers des Innern, des Herrn Finanzministers und des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 25. Februar 1926 (Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung Seite 206) erteilten Ermächtigung, die ihrerseits auf § 56 Absatz 3 Seite 2 des Kommunalabgabengesetzes beruht.

In Vertretung:
(L. S.) gez. Unterschrift.
Veröffentlicht!

Merseburg, den 12. Januar 1933.
— V. 2/32. — **Der Magistrat.**

Oeffentliche Steuer- und Schulgeldmahnung.

Die bis zum 15. Januar 1933 fällig gewordenen Grundsteuern, Schulgelder und Berufsschulbeiträge sind spätestens am 16. Januar 1933 an die Stadthauptkasse zu zahlen.

Vom 17. Januar 1933 ab werden die gesetzlichen Verzugszinsen oder Verzugszuschläge erhoben.

Vom 19. Januar 1933 ab werden die Abgabenrückstände ohne besondere Mahnung kostenpflichtig eingezogen.

Merseburg, den 12. Januar 1933.
Vol. A. I/32.
Der Magistrat. Vollstreckungsamt.

Zugelassene Installateure.

Von den städtischen Werken ist allen Installateuren, die im Anschluß an städtische Leitungen (Gas, Wasser und Elektrizität) zur Installation berechtigt sind, ein Ausweisschild (weiß mit schwarzer Schrift):

Zur Installation
im Anschluß an das
Leitungsnetz der Stadt
Merseburg
berechtigt.

ausgehändigt worden.

Das Schild ist im Verkaufsraum oder am Geschäftsgrundstück an gut sichtbarer Stelle anzubringen.

Es wird gebeten, Arbeiten im Anschluß an städtische Leitungen (Gas, Wasser und Elektrizität) nur durch zugelassene Installateure ausführen zu lassen, da andernfalls die Abnahme und der Anschluß der Installation an das städtische Leitungsnetz verweigert werden können.

Merseburg, den 11. Januar 1933.
Der Magistrat.

Brockensammlung, Karlstraße Nr. 4.

Mittwoch, den 18. Januar 1933, von 10 bis 11½ Uhr Annahme.

Donnerstag, den 19. Januar 1933, von 15 bis 16½ Uhr Verkauf.

Saalkreis

Diebesbande von Könnern vor der Strafkammer

20 Angeklagte mit über 60 Straftaten

Vor der Strafkammer Halle unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Fenner begann heute vormittag der auf zwei Tage berechnete große Prozeß gegen die Diebesbande, die im vergangenen Jahre Könnern und Umgegend unsicher gemacht hatte. Es sind 20 Personen angeklagt, darunter vier Frauen bzw. Mädchen. Die Straftaten der einzelnen Angeklagten umfassen insgesamt über 60 Fälle des gemeinschaftlichen Einbruchs und Diebstahls, ferner der Begünstigung, Hehlerei und in zwei Fällen auch Kuppelei. Nur sieben der Angeklagten sind noch nicht vorbestraft, so daß bei den meisten strafverschärfender Rückfall in Frage kommt. Zwei Angeklagte befinden sich zur Zeit schon wegen anderer Straftaten im Zuchthaus.

Bei den meisten Angeklagten,

bis auf vier sind sie sämtlich nach 1900 geboren,

handelt es sich um jene Bande, die sich um die Familie Schöne in Könnern gebildet hatte und seit Anfang 1932 in und bei Könnern zahlreiche Einbrüche und Diebereien ausgeführt hat. Außer in Könnern wurden die Straftaten insbesondere in Wallwitz, Mitteledlau, Alsleben, Strenznaundorf, Friedeburg, Beesedau und Gerbstedt ausgeführt; meist handelt es sich um Einbrüche in Gastwirtschaften. Als eigentliche Täter kommen zehn Angeklagte in Frage, sie befinden sich sämtlich in Haft. Die übrigen zehn Angeklagten haben sich der Hehlerei, Begünstigung und zwei der Kuppelei schuldig gemacht. Gegen eine mitangeklagte Ehefrau H. mußte das Verfahren abgetrennt werden, da sie erkrankt ist.

Die Entlarvung der Bande geschah am 1. September 1932 durch eine größere Polizeiaktion in Könnern. Dabei wurde

als Diebesnest das Schönesche Haus

festgestellt. Hier fand sich ein umfangreiches Lager von Diebesgut. Ein schwer zu begehender Gang führte zu der Wohnung eines anderen Beteiligten, es war also für die Zwecke der Bande alles regelrecht vorbereitet worden. Bei der Beurteilung der Straftaten muß man in Rechnung stellen, daß die wirtschaftliche Lage der armen Bevölkerung in Landorten wie Könnern eine geradezu trostlose ist, so daß es meist nicht schwerfällt, wenn solche von der Not geplagten Menschen auf Abwege geraten. Wie aus dem vor Gericht zutage tretenden Verhalten der meisten Angeklagten auch schließen kann, sind diese Leute sich ihres asozialen Tuns gar nicht recht bewußt. Fast scheint es, als erblickten sie in ihren Taten so eine Art Vergeltung an der Gesellschaft für das ihnen zugefügte Leid ihrer wirtschaftlichen Notlage.

SPD. Unterbezirk Halle-Saalkreis

Am Sonntag, dem 15. Januar, vormittags 9.30 Uhr, finden in folgenden Orten Kommunalkonferenzen statt.

Könnern: im Lokal „Schützenhaus“ für die Orte Wettin, Rothenburg, Beesenlaublingen, Beesedau, Bebitz, Trebitz, Nauendorf, Löbejün und Dornitz.

Zwintschöna: im Heim der Arbeiterwohlfahrt, Karl-Liebknecht-Straße, für die Orte Osmünde, Gröbers, Schwoitsch, Döllnitz, Reideburg, Ammendorf, Bruckdorf, Canena und Diemitz.

Dölau: im Lokal „Heideschlößchen“ für die Orte Lettin, Schiepzig, Lieskau, Zscherben, Nietleben und Brachwitz.

Alle Genossinnen und Genossen, die in der Kommunalpolitik tätig sind, müssen erscheinen. Auch ist es Pflicht, daß alle Ortsvereinsvorsitzenden und Funktionäre an diesen Veranstaltungen teilnehmen. **Der Unterbezirks-Vorstand.**

Kreis Delitzsch

Delitzscher Stadtchronik

Weiteres Anwachsen der Wohlfahrts-Erwerbslosenzahl.

Nach dem Stande vom 6. Januar betrugen die vom Wohlfahrtsamt zu betreuenden Personen 1059 männliche, 134 weibliche Wohlfahrtserwerbslose, ferner 75 Zusatzempfänger zur Alu und Kru, 158 Fürsorgeempfänger als nicht anerkannte Wohlfahrtsempfänger und 112 Armenunterstützungsempfänger. Für diese Auszahlungen sind wöchentlich rund 17000 Mk. an Baraufwendungen nötig.

Spröda. Kein Familienstreit. Die Eltern des auf so traurige Weise ums Leben gekommenen Paul Herrmann bitten uns um die Mitteilung an die Oeffentlichkeit, daß nach ihrer Ansicht Familienstreitigkeiten der traurigen Tat nicht hätten zugrunde liegen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219330112-17/fragment/page=0005

Eilenburg

Schnuppertrupps!

Für 10 Pfennig Gasschutz!

Gegenwärtig hält sich auch in unserer Stadt eine Anzahl junger Leute des nationalistischen Bundes „Roßbach" auf, getarnt mit dem Namen „Ekkehardt-Gruppe". Diese Leutchen werden nun auf die Schulkinder losgelassen, um ihnen sogenannten Gasschutzunterricht zu geben. Daß man den Freiwilligen Arbeitsdienst dazu abkommandiert hat, versteht sich am Rande. Einer der Herren erzählte zunächst Märchen über den Gaskrieg, daß er eine harmlose Sache ist, wenn man in der Bodenkammer Sand aufbewahrt und im Keller Kalk. Die Kinder sollen „Schnupperkolonnen" bilden, um die Art des Gases zu „erschnuppern", da, wie der Leiter so hübsch sagte, die 18- bis 45jährigen alle im Felde wären. Aus kleinen Fläschchen durften sie dann die verschiedensten Gase riechen, eine Brandbombe wurde gelöscht, und ein „Tanz mit Gasmasken" (den Kindern machte der Kram großen Spaß) beschloß die „Uebung". Dann waren 10 Pf. fällig.

Der moderne Gaskrieg ist nie mit den oben genannten Mitteln zu bekämpfen, die Gaskriegstechnik wird weder vor einer Gasmaske noch vor einem Häufchen Kalk haltmachen. Diese ganzen Spielereien sind nur Propagandaangelegenheit einer Gasschutzindustrie.

Wir protestieren gegen die fälschliche Beeinflussung der unschuldigen Kinder, die einst in millionenfacher Zahl als gaszerfressene Leichen die Profite einer Rüstungsindustrie bezahlen müssen.

Wir appellieren an die Gewissen der Lehrer und verantwortlichen städtischen Vertreter, dieser nationalen Aufputschung der Kinder Einhalt zu tun.

Tischlermeister bauen Lohn ab

Nazi-Gesellen stimmen dafür.

In der Erwartung, die Pflicht zur Zahlung tariflicher Kostgeldsätze an die Lehrlinge damit los zu werden, kündigte die Eilenburger Tischlerinnung dem Deutschen Holzarbeiterverbande den Lehrlingstarifvertrag. Weil bei der Eilenburger Tischlerinnung durch Zufallstreffer diesmal Nazis den Gesellenausschuß stellen, versteht es sich ungefähr von selbst, daß er der Herabsetzung der Kostgeldsätze von 10 auf 8 Mk. wöchentlich für Lehrlinge im 4. Jahre zustimmte. Diese Machenschaften binden aber den Deutschen Holzarbeiterverband natürlich nicht. Daher rief sein Vertreter den zuständigen Schlichtungsausschuß in Halle an. Am Mittwoch fanden Verhandlungen statt. Sie führten aber zu keinem Ergebnis, weil der Vertreter des mitteldeutschen Tischlerfachverbandes, der in Vollmacht der Eisenburger Tischlerinnung auftrat, glaubte, über den Satz von 8 Mk. nicht hinausgehen zu können. Am Mittwoch, dem 25. Januar, soll, wie schon früher oft genug, wenn die Eilenburger Tischlerinnung an der Reihe war, durch Schiedsspruch einer Schlichtungskammer entschieden werden.

Zschortau. Selbstmord durch Erschießen verübte hier der Kaufmann Karl Sch. aus Delitzsch, Moltkestraße. Sch. hinterläßt Frau und mehrere Kinder. Der Grund zur Tat dürfte in Arbeitslosigkeit liegen.

Kreis Torgau

Torgau (Stadt)

Rückschau der SPD. in Torgau

Neuwahl des Vorstandes.

Die Generalversammlung der SPD.-Ortsgruppe wurde durch den Geschäftsbericht des Genossen Fraenkel eingeleitet. Das verzangene Jahr führte durch die vielen Wahlen die Partei an die äußerste Grenze ihrer Kraft. Das neue Jahr muß mit erhöhter Werbearbeit und Aktivität den letzten Parteigenossen in vorderster Front finden. — Bei der Wahl des Vorstandes machte Genosse Eich den Vorschlag, den Sekretär Genossen Fraenkel von der örtlichen Arbeit des Vorsitzenden zu entlasten. Er schlug den Genossen Blöding zum Vorsitzenden vor. Gewählt wurde der Genosse Blöding. Zum zweiten Vorsitzenden wurde der Genosse Brandenstein gewählt. Der bisherige zweite Vorsitzende Genosse Scharsig nahm das Amt des Schriftführers an. Alle übrigen Mitglieder des bisherigen Vorstandes verblieben im Vorstand. Neu hinzu gewählt wurde der Genosse Schneider als Beisitzer und Unterkassierer. Anschließend wurden die Delegierten zum Unterbezirkstag gewählt. Gewählt wurden die Genossen Blöding, Brandenstein und Schneider.

Bildungskursus der SPD.

Die Partei-Ortsgruppe veranstaltet einen Bildungskursus, der am Montag, dem 16. Januar, pünktlich 20 Uhr, im Lokal Liesegang beginnen wird. Der Kursus wird sich mit der Einführung in den Sozialismus beschäftigen. Er wird sich auf sechs Abende mit je zwei Stunden Dauer ausdehnen. Der Vortragende ist der Parteisekretär Genosse Fraenkel. Der erste Abend wird sich mit dem Begriff des Sozialismus, der zweite Abend mit dem vorkapitalistischen Sozialismus beschäftigen, der dritte und vierte Abend mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, und der 5. und 6. Abend mit dem Sozialismus als politische Bewegung. An diesem Kursus können alle Parteimitglieder sowie die Mitglieder der Eisernen Front teilnehmen. Die Teilnahme am Kursus ist unentgeltlich. Die bereits gemeldeten Teilnehmer erhalten keine besondere Einladung mehr.

Ein großes Unglück vermieden

An der Elbstraßenbrücke werden Schweißarbeiten durch eine Düsseldorfer Firma ausgeführt. Beim Schweißen schlug eine Flamme in den Schlauch einer Sauerstoff-Flasche zurück. Dabei wurde der Schlauch 8 Meter lang aufgerissen und brannte sofort ab. Es bestand die Gefahr einer Explosion der Sauerstoff-Flasche. Ein Monteur hatte aber die Geistesgegenwart, das Ventil der Flasche sofort zu schließen, wodurch er ein sonst sicherlich entstandenes größeres Unglück verhütet hat.

Geringe Strafe für einen Rabenvater

Der Maschinist Max B. aus Grünewalde (Kreis Liebenwerda) wurde vom Schöffengericht in Elsterwerda zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte sich Kindesmißhandlung zuschulden kommen lassen. Vor der ersten Strafkammer in Torgau fand die von ihm eingelegte Berufung statt. Der Angeklagte hat im vergangenen Jahre seine kurz aus dem Kinderheim zuvor entlassene 3½jährige Pflegetochter in der unerhörtesten Weise mißhandelt. Als Begründung gab er vor Gericht an, daß das Kind unsauber und geistig zurückgeblieben sei. Durch Zeugen wurde bekundet, daß er das Kind mit einem Brett und einem Fahrradschlauch geschlagen habe. Ein andermal sperrte er das Kind in eine Kiste, schloß den Deckel und ließ es eine Viertelstunde schmachten. Zahlreichen Bewohnern von Grünewalde war es aufgefallen, daß das Mädchen mit zerschundenem Gesicht und blutunterlaufenen Stellen im Orte herumlief. Das Gericht verwarf die Berufung des Angeklagten und beließ es bei der relativ sehr niedrigen Strafe von vier Monaten Gefängnis.

Leichenfund. Unterhalb des Hafens wurde gestern vormittag eine Leiche angeschwemmt. Es handelt sich um einen Mann zwischen 50 und 60 Jahren. Die Leiche ist 1,70 Meter groß und hat dunkelblondes Haar und graue Augen. Die Polizeiverwaltung, welche die Leiche photographiert hat, nimmt zweckmäßige Meldungen entgegen.

Zum Kampf gerüstet

Annaburg. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung des Ortsvereins der SPD. sprach Landtagsabgeordneter Genosse Drescher (Halle) über „Die Sozialdemokratie und der gegenwärtige politische Kurs in Deutschland". In glänzender Weise beleuchtete Genosse Drescher die Regierungstätigkeit der Papen-Barone sowie der von Schleicher. Scharf umrissen stellte er das sozialistische Programm dem der jetzigen Regierung entgegen und betonte, daß die Sozialdemokratie im zähen Kampf entschlossen ist, in jeder Situation die Interessen der breiten Massen zu vertreten. Die vorzüglichen Ausführungen wurden von mehreren Diskussionsrednern lebhaft unterstrichen. Nachdem noch mehrere Anfragen vom Genossen Drescher geklärt waren, wurde die Versammlung, welche von prächtigem Kampfgeist umrahmt war, mit dem Freiheitsruf beendet.

Kreis Liebenwerda

Die „Christen" atmen auf

Prösen. Kaum war Pastor Kötzschke aus dem Pfarrhaus ausgezogen — der Möbelwagen war kaum abgerollt —, erschienen die Kirchenältesten, schnupperten überall herum, ob nicht etwa sozialistischer Ansteckungsstoff zurückgeblieben war. Es fehlten ihnen nur noch die Räucherkerzchen, um das Haus auszuräuchern. Merkwürdigerweise ist man mit den anderen Mietern der Pfarre nachsichtiger und weist die nicht sofort aus dem Hause. Besondere Ehrengeschenke hatte ja auch der sozialistische Pfarrer nicht erwartet. Wir Sozialisten sind da nicht verwöhnt. Es zeigt sich aber immer wieder: Wer die herrschende Klasse in ihre Schranken zurückweist und sich der Unterdrückten im Sinne des Urchristentums annimmt, gegen den wendet sich der ganze Haß des aufgescheuchten Bienenschwarms. Nun, Pastor Kötzschke ist ein freier Mann geworden. Die Pharisäer und Hohepriester, die auch heute noch die Feinde wahren Christentums sind und für die herrschenden Klassen den Rücken krumm machen, haben ihm nichts mehr zu sagen.

Weitere Opfer der kapitalistischen Wirtschaftspolitik

Grünewalde. Die mit dem Lauchhammerwerk gepflogenen Stillegungsverhandlungen des Abraumbetriebes der Brikettfabrik in der Kohne sind nunmehr abgeschlossen. Insgesamt sollen danach 280 Arbeiter entlassen werden. Jegliche Versuche, das Vorhaben auf dem Verhandlungswege abzustoppen, sind ergebnislos geblieben. Zugestanden wurde, daß die Entlassungen in zwei Etappen durchgeführt werden. Und zwar kommen danach am 21. Januar 190 Mann und am 11. Februar 90 weitere Arbeiter zur Entlassung. Von der Gesamtbelegschaft des Betriebes (377 Mann) bleiben demnach ganze 97 Mann in Arbeit. Ergo: ein neues Zeichen kapitalistischer Wirtschaftspolitik, auf Kosten wessen?

Lauchhammer. Bewußtseinsstörung muß der Zustand genannt werden, in dem sich der am 20. Dezember von der Kohne-Förderbrücke abgestürzte Schlosser Jakobi zur Zeit befindet. Das Gedächtnis ist vollkommen ausgeschaltet. Er weiß nichts von seinem Unfall, kennt sich und seine Umgebung nicht. Auf die Entwicklung des Geisteszustandes, der den Aerzten einige Schwierigkeiten macht, darf man gespannt sein. Soll das Leben dieses jungen Menschen, der zum dritten Male abgestürzt ist, etwa gar dem Irrenhaus verfallen?

Mühlberg. In der Jahres-Hauptversammlung der hiesigen SPD.-Ortsgruppe erstattete der Vorsitzende einen Rückblick über das verflossene Jahr. Die Ortsgruppe hat sich gehalten. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß Einnahme und Ausgabe balancieren. Der Vorstand blieb in der bisherigen Zusammensetzung bestehen, und dies nach einstimmigem Beschluß. Zur Unterbezirkskonferenz am 29. Januar wurde Genosse Langhammer gewählt.

Parteigenossen!

Beachtet den Versammlungskalender der Partei!

Sport und Spiel

Wie feiert der 6. Bezirk das Bundes-Jubiläum?

Der Aufruf des Genossen Benediz hat uns veranlaßt, eine Anregung zu geben, das 40jährige Bundesjubiläum im 6. Bezirk so würdig zu begehen, wie es der Tag verlangt.

Von dem jetzigen Bestand der Bundesvereine (über 7000) sind nicht allzu viel vorhanden, die sich die Ehre anrechnen dürfen, seit Bestehen des Bundes Mitglied zu sein. Im 6. Bezirk ist einer der wenigen der Turn- und Sportverein Fichte Halle e. V. Seit Bestehen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ist die Fichte Mitglied der Organisation. Sie ist mit dem Geschick des Bundes auf das Innigste verbunden.

Die Geschichte des Bundes mit all den Kämpfen ist auch die der Fichte.

Für uns Fichte-Leute ist es ganz selbstverständlich, daß das Doppeljubiläum in einer so würdigen Weise gefeiert wird, wie es die Arbeiterschaft gewohnt ist. Wir haben jedoch den Wunsch, daß unsere Bundesvereine im Bezirk, ja die gesamte organisierte Arbeiterschaft des Bezirks, das Fest mit uns begeht. Es soll nicht nur ein Bekenntnis der Treue zum Bunde sein, es soll auch ein Gelöbnis werden, treu zum Sozialismus zu stehen, wie in den verflossenen 40 Jahren. Gerade jetzt in der Zeit einer Reaktion ist es doppelt nötig, zusammenzustehen und den Schwur zu erneuern für Freiheit und Gleichberechtigung, für den Sozialismus.

Wir Arbeitersportler haben von jeher in vorderster Front gestanden, wenn es galt, der Arbeiterklasse zu dienen.

Der Turn- und Sportverein Fichte Halle e. V. hat alle Schritte unternommen, bei den zuständigen Instanzen das nötige Verständnis zu finden, um die Jubiläumsfeier des Bundes im Bezirksmaßstabe zu begehen. Hoffen wir, daß auch bei den Bezirksvereinen die Stimmung dazu vorhanden ist.

Deshalb alle Mann an Bord!

Der 6. Bezirk feiert am 20. und 21. Mai das 40jährige Bestehen des Bundes mit der organisierten Arbeiterschaft und den Brudervereinen der IK. zum 40jährigen Stiftungsfest der „Fichte".

Arbeiter-Turn- und Sportverein Fichte Halle e. V.

Herausforderungskampf der Arbeiterkegler

Die sportlichen Erfolge des jungen hallischen Keglerbezirkes gaben Veranlassung, einen Herausforderungskampf zwischen Bezirksriege — Ortsgruppenriege Halle vorzubereiten.

Der Bezirkstag im Dezember gab seine Zustimmung. Am 15. Januar, also am nächsten Sonntag, beginnen die Kämpfe bereits 8.30 Uhr im „Volkspark".

Die bisher erzielten Resultate lassen den Ausgang völlig ungewiß erscheinen, treten doch diesmal in der hallischen Riege Sportgenossen an, die guten Sport zeigen und bei den bisherigen Kämpfen infolge anderer Verpflichtungen nicht starten konnten.

Den Mitgliedern des Bezirkes ist die Beteiligung an den Rahmenkämpfen empfohlen. Freunden des organisierten Arbeitersportes ist nicht nur der Besuch, sondern gegen geringes Startgeld auch Teilnahme an der Rahmenveranstaltung zwecks späterer Mitarbeit freigestellt.

Die Bezirksriege startet mit: Mothes, Ullrich, Petsch, Abendroth, Göhre, Norve, Hoske, Sorgenfrei, A. Müller, Kupfer, Zeuner.

Ortsgruppenriege Halle: P. Peters, Reddigau, Schaumburg, E. Müller, Rejal, März, Lindebaum, Schwinge, Jähntsch, Dittmar, Dietze.

Wintersport im 6. Bezirk

Die Freie Wintersportvereinigung lädt ein

Die Wintersportler des 6. Bezirks treten auch in diesem Jahre unter dem Namen „Freie Wintersportvereinigung" an die Oeffentlichkeit. Die Vereinigung treibt sämtliche Arten Wintersport, hauptsächlich Eislauf und Skilauf. Bei Wiedereröffnung der Eisbahn „Ziegelwiese" findet laufend Unterricht im Eislauf statt. Der Unterricht wird von den Funktionären Rudolf Hennig und Otto Wagner geleitet. Vom 5. bis 12. Februar wird ein Kursus im Skilauf durchgeführt und zwar für Anfänger und Fortgeschrittene. Die Fortgeschrittenen unternehmen Touren unter Führung von Geländekundigen. Der Ort des Kursus ist das Naturfreundeheim „Oderbrück" im Oberharz. Es ist eines der schönsten Heime im Harz. St. Andreasberg, Altenau, Braunlage und der Brocken sind von hier aus bequem zu erreichen. Die Uebernachtungs- und Verpflegungskosten sind gering. Interessenten können sich an beiden Kursen beteiligen. Sie mögen sich am Freitag, dem 13. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus zur Versammlung einfinden.

Die Naturfreunde geben bei entsprechender Witterung ihre Uebungs- und Sportmöglichkeiten im Sportteil bekannt und laden auch dazu ein.

Auskunft und Beratung auch bei den Naturfreunden Süd und beim Kartell für Arbeitersport und Körperpflege.

Kartell für Arbeitersport und Körperpflege e. V. Halle

Wir bitten unsere Vereine und Mitglieder um regen Besuch der Liebknecht-Luxemburg-Gedenkfeier der Sozialistischen Jugendverbände. Die Feier findet am Sonnabend, dem 14. Januar, 20 Uhr, im kleinen Saal des „Volkspark" statt. Für erwerbslose Jugendliche stehen in beschränkter Zahl Freikarten zur Verfügung. **Festerling.**

Jugendleiter tagten

Die Juengdleiter der Sportvereine des 6. Bezirks berieten auf der fälligen Jahreskonferenz am vergangenen Sonntag die laufenden Arbeiten. Bemerkenswert ist für alle an der Jugendarbeit interessierten Vereine die Planung von Lehrstunden. In praktischer und theoretischer Arbeit sollen die Jugendleiter für ihr schwieriges und umfangreiches Gebiet geschult werden. Auch das geplante Jugend-Sportfest im August dürfte in der hallischen Jugend lebhaften Widerhall finden. Mit frischen Kräften soll nun in den Bezirksvereinen die Jugendarbeit tatkräftig gefördert werden.

Gründung des Vereins für Körperkultur

Wichtige Beschlüsse für die weitere Entwicklung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in Delitzsch sind in diesen Tagen gefaßt worden. Im Arbeiter-Turnverein Frischauf und im Sportklub 1920 ist man sich einig geworden, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage und die gesteigerten Anforderungen an die Organisationen der Arbeiterschaft zu einer Zusammenfassung der Kräfte zu schreiten. Beide Vereine haben sich deshalb zu dem Verein für Körperkultur zusammengeschlossen. In der gemeinsamen Sitzung wurde zum 1. Vorsitzenden Genosse Otto Thomas gewählt. Er wie auch Genosse Hampe erinnerten an die Zeiten, in denen nur unter polizeilichen Schikanen die Ausübung der turnerischen Betätigung möglich war. Genosse Thomas im besonderen dankte für das Vertrauen und mahnte aus den Erfahrungen seiner langjährigen Tätigkeit im Arbeiter-Turnverein heraus zur Treue in dem neuen Verein. Kassierer wurde Genosse W. Klein, Schriftführer Genosse W. Kranz, technischer Leiter Genosse Franz Dorn und Beisitzer die Genossen Otto Schuster und Fritz Rabe.

Innerhalb des neuen Vereins werden die Turn- wie auch die Sportsparte ein gewisses Eigenleben bewahren, durch die Vereinigung der Kräfte aber nach außen hin eine größere Schlagkraft beweisen können.

In der Hauptversammlung des Turnvereins Frischauf, die der gemeinsamen Sitzung voranging, ging aus dem Geschäftsbericht wie aus dem der technischen Leiter deutlich hervor, daß die Spaltungsabsichten, die im Laufe des Jahres unternommen wurden, zwar einige Schwierigkeiten verursachten, glücklicherweise aber nicht das Gefüge des Vereins zu erschüttern vermochten. Der beste Beweis dafür war der Bericht des Kassenwartes, aus dem sich ergab daß vollständig geregelte Kassenverhältnisse vorhanden sind. Zum ersten organisatorischen Leiter der Turnsparte wurde Genosse Fritz Rabe, zu ihrem ersten technischen Leiter Genosse Otto Grabe gewählt.

Sportamtliche Bekanntmachungen

6. Bezirk. (Handball.) Nr. 1. Folgende Vereine müssen bis zum Montag, dem 16. Januar, ihren weißen Bundesfragebogen an meine Adresse gesandt haben, andernfalls vom Bund Schwarzstellung erfolgen muß: Fichte Halle, Fichte Halle-Süd, Regatta-Klub, Beuchlitz, Teutschenthal, Stedten, Großkayna, Rössen, Lauchstädt und Schw. Merseburg. — Unsere nächste Geschäftsstunde findet am Montag in der Zeit von 19 bis 20 Uhr statt. Die Vereine werden ersucht, die Zeit einzuhalten. Des weiteren berufe ich zum Montag, dem 16. Januar, 20 Uhr, eine Spielausschußsitzung ein. Zu erscheinen haben alle neugewählten Ausschußmitglieder. Die Verhandlungs- und Schiri-Ausschußmitglieder werden hiervon nicht betroffen. Die Sitzung findet im Lokal der Geschäftsstelle statt. Alle Schiri- und Börsenangelegenheiten gehen jetzt nur noch an die Adresse des Genossen Hermann Bornkessel, Halle, Artilleriestraße 60. — Schafstädt nimmt nicht mehr an der Serie teil, die Spiele fallen aus. Ein neues Adressenverzeichnis soll fertiggestellt werden. Wo sich noch Adressen geändert haben, bitte ich das mir sofort mitzuteilen. **Adolf Berge.**

6. Bezirk. (Kanufahrer.) Am 14. Januar findet unser Lichtbildervortrag pünktlich ½7 Uhr bei „Ammendorf 23" statt. Kreiswasserfahrwart Blank zeigt uns Faltbootfahrten. Am Sonntag, dem 15. Januar, findet derselbe Vortrag in Merseburg statt. Als Unkostenbeitrag wird von Erwerbslosen 10 Pf. und von Arbeitenden 15 Pf erhoben. **H. Richter.**

7. Bezirk. (Fußball.) Den Bezirksvereinen sind im Laufe der vorigen Woche die Vereinsfragebogen zugesandt worden. Ich möchte bitten, dieselben genau auszufüllen und alle drei Formulare bis spätestens 25. Januar an meine Adresse (Benndorf, Ernststraße 19) einzusenden. Die Vereinsanschriften müssen dem neuesten Stande entsprechen. Haltet den festgesetzten Termin ein, damit wir auch dem Kreis gegenüber unsere Zeiten einhalten können. — Vereine, die noch Strafen zu bezahlen haben, wollen diese bis zum 15. Januar erledigen. Nach diesem Termin erfolgt Spielverbot (BFS. 193/27). — Ferner mache ich nochmals auf die am 22. Januar in Helbra („Zur Sonne"), vorm. 10 Uhr, stattfindende Vereinsvorstände-, Techniker-, Jugendleiter- und Berichterstattertagung aufmerksam. Zu dieser Tagung hat jeder Verein einen Vertreter zu entsenden, sonst erfolgt Bestrafung laut BFS. 193/27. **Wagner.**

7. Bezirk. (Fußball.) Männerturnverein Burgörner-Altdorf sucht zum Sonntag, dem 22. Januar, für seine II. Mannschaft Gegner auf eigenem Platz. Anschrift sofort an Genosse Richard Machander, Burgörner-Altdorf bei Hettstedt, Hüttenberg 8, einsenden.

8. Bezirk. (Spielleute.) Da am 18 Januar die Generalversammlung im „Goldenen Adler" in Gräfenhainichen stattfindet, bitte ich die Vereine um zahlreichen Besuch. Anfang ½9 Uhr. Anschließend Uebungsstunde. Die Vereine können die Hörner mitbringen.

8. Bezirk. (Handball.) Die Vereine Vorwärts Brehna, Frischauf Delitzsch, Fichte Golpa und Fr. Tschft Jessen haben ihre Fragebogen noch nicht zurückgesandt. Ich bitte die Vereine, dies sofort nachzuholen. **L. Schön.**

8. Bezirk. (Fußball.) In der am 8. Januar 1933 in Petersroda stattgefundenen Vorstandssitzung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Der Antrag von Petersroda auf Niederschlagung sämtlicher Strafen von 1932 wurde abgelehnt. Petersroda und Sandersdorf wurden die Strafen bis zum 1. Februar 1933 gestundet. Sollten die Vereine bis dahin nicht in der Lage sein die Strafen zu zahlen, würde ihnen eine Erleichterung gewährt, und zwar haben sie vom 1. Februar 1933 an pro Monat 2 Mk. zu zahlen. Dem Genossen Kaczmirzark wurde die Strafe von 3 Mk. wegen Nichtantretens als Schiedsrichter erlassen, da die Strafe zu unrecht bestand. Am 8. Juli findet in Bitterfeld ein Bezirkssportfest statt, woran sich sämtliche Vereine zu beteiligen haben. Weiter soll noch ein Bezirksspieletag in Ramsin stattfinden, und zwar am 27. August. Auch haben schon etliche Vereine ihr Stiftungsfest angemeldet: Roitzsch am 21. Mai, Gräfenhainichen am 25. Juni, Petersroda am 25. Juni, Ramsin am 18. Juni, Holzweißig am 3. September. In diesem Jahre sollen Terminhefte für den Spielbetrieb innerhalb des Bezirks hergestellt werden. Näheres durch Rundschreiben an die Vereine. **Otto Hichleschke.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219330112-17/fragment/page=0006

Das Leben des Polizeipräsidenten Pierre Garron

Freiwillig ins Gefängnis

Eigener Bericht

Paris, Mitte Januar

In Paris ist im Alter von 85 Jahren der ehemalige Polizeipräsident einer französischen Provinzstadt, Pierre Garron, gestorben. Garron war einer der seltsamsten Polizeigewaltigen, die es je gegeben hat.

Im Amt war Garron ein pflichtbewußter und gewissenhafter Beamter gewesen. Aber in seinem Privatleben unterschied er sich fast je von seinen Kollegen. Während die anderen ihr erpartes Geld in Wertpapieren oder im Ankauf eines Hauses anlegten, verwendete Garron sein gesamtes Einkommen für Sammlungen. Er suchte und erwarb außer Dienst gestellte Fallbeile, Schwerter, die im Mittelalter zu Hinrichtungen gedient hatten, und Folterinstrumente. Alles, was mit dem Strafvollzug zusammenhing, wußte Garron sich zu verschaffen. Als er vor 20 Jahren, kurz vor dem Kriege, pensioniert wurde und nach Paris zog, besaß er in seiner Wohnung ein komplettes kleines Gefängnis mit allem erdenklichen Komfort.

Seit Garron als pensionierter Beamter keine Rücksichten mehr zu nehmen brauchte, überließ er sich völlig seinen exzentrischen Launen. Er richtete sich ein Zimmer als Kerkerzelle ein und verbrachte darin Tag und Nacht. Den alten Diener, der ihm betreute, klassierte er als Gefängniswärter aus. Jeden Abend schloß der „Wärter" den „Sträfling", der freiwillig in seiner Zelle lebte, hinter einer dicken Panzertür ein.

Expolizeipräsident Garron schlief während der Nächte der letzten 20 Jahre ohne Ausnahme auf einer elenden Zuchthauspritsche, die er vor langer Zeit einmal bei einer Versteigerung billig erstanden hatte. Die Fenster der „Zelle" waren mit dicken Gittern versehen, so daß ein „Entkommen" des „Sträflings" unmöglich war.

Jeden Monat einmal bekam Garron eine Attutanfall und unternahm einen „Ausbruchsversuch". Auch „schmuggelte" er sich eine Stahlsäge in seine „Zelle", um das Gitter zu durchsägen. Im passenden Augenblick mußte ihn dann der „Wärter" überraschen und an eine mittelalterliche Kette festschließen. Am anderen Morgen war allerdings alles wieder vergessen, die Kette wurde wieder abgenommen.

Der treue alte Diener, der die Rolle des Gefängniswärters zu spielen hatte, schüttelte wohl mehr als einmal den Kopf über die sonderbaren Launen, denen sein Herr, der frühere Polizeipräsident, verfallen war. Auch in den Kreisen der höheren Beamten von Paris nahm man Garron nicht mehr ganz ernst.

Vor einigen Jahren jedoch strafte Garron die Leute, die ihn für überspannt hielten, Lügen. Er kündigte eine Vortragsreihe über seine Erlebnisse als Polizeipräsident an. Was der damals schon Achtzigjährige berichtete, war klar, einfach, interessant und verriet nicht eine Spur von der Wahrheit der Gerüchte, die besagten, daß es im Kopfe des alten Polizeipräsidenten nicht ganz richtig sei. Garron plauderte von denkwürdigen Kriminalfällen und von Hinrichtungen berüchtigter Verbrecher, denen er als Zeuge beigewohnt hatte. Dabei betonte er besonders seine Gegnerschaft gegenüber der Todesstrafe, die den psychologischen Erziehungsmethoden des zwanzigsten Jahrhunderts unwürdig sei.

Nun ist der alte Sonderling, der seine Pension freiwillig in einer Zuchthauszelle verbrachte, dieser Tage gestorben. Nicht etwa auf seiner Pritsche, wie er das wohl erträumt hatte, sondern im Krankenhaus. Die Pariser Blätter beschäftigen sich eingehend mit dem Leben des alten Herrn, das interessanten Stoff zu einem psychoanalytischen Roman liefern könnte. Ueber das Schicksal der berühmten Schauersammlung des Polizeipräsidenten ist noch nichts entschieden. Wahrscheinlich werden die Erben sie einem Kriminalmuseum zur Verfügung stellen.

Hitler fürchtet Aufklärung

Eine Broschüre über den Fall Hentsch

Der Fememord an dem SA.-Mann Hentsch ist der Inhalt einer von der Sozialdemokratischen Partei Ostsachsens herausgegebenen und bisher in mehr als hunderttausend Exemplaren verkauften Broschüre. Mit aller Deutlichkeit ist in dieser Schrift nicht nur dieser scheußliche Kameradenmord dargestellt, sondern auch die Mitschuld Hitlers und seiner Partei. Hiergegen hat der Oberosaf gerichtlichen Einspruch erhoben und das einstweilige Verbot des Weitervertaufs der ihm sehr unangenehmen Broschüre erwirkt. Gegen diesen Beschluß ist selbstverständlich Widerspruch angemeldet. Um aber keine Zeit in der Aufklärung des Volkes zu verlieren und weil das Heft besonders in SA.-Kreisen stark begehrt ist, haben die Herausgeber die beanstandeten Stellen gegen Hitler einstweilen gestrichen und eine Neuauflage hergestellt. Sie findet ebenso reißenden Absatz wie die erste.

Die Broschüre ist durch alle sozialdemokratischen Buchhandlungen zu beziehen.

„Augen rechts" — stillgestanden

Als Hitler von Bielefeld nach Berlin fuhr, kam es noch zu einem interessanten Zwischenfall. Nachtchauffeure, die Adolf Hitler, der zu seiner Kennzeichnung eine Reitpeitsche in der Hand trug, mit seinem Troß erkannt hatten, begrüßten ihn ironisch mit dem Kommando: „Augen rechts, stillgestanden!" Das trug Gegenrufe der braunen „Hofgesellschaft" ein.

Forderungen zur Arbeitsbeschaffung

Aufhäuser begründet den sozialdemokratischen Gesetzentwurf

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags setzte am Mittwoch seine Beratungen über die Arbeitsbeschaffung fort.

Aufhäuser (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Gesetzentwurf über eine planmäßige Arbeitsbeschaffung, der durch den Gerecke-Plan in keiner Weise abgelöst worden sei. Das Arbeitsbeschaffungsprojekt des Reichskommissars sei viel zu eng gehalten und bringe nur für etwa 200 000 bis 250 000 Erwerbslose Beschäftigung.

Die Sozialdemokratie legt in ihrem Arbeitsbeschaffungsplan entschiedenen Wert auf besondere Maßnahmen für die Jugendlichen und für die langfristigen Erwerbslosen.

Die kollektive Selbsthilfe der Erwerbslosen nach dem SPD.-Antrag habe den Zweck, Erwerbslose für Erwerbslose zu beschäftigen und in Verbindung mit den kommunalen Maßnahmen Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Schuhwerk, Kleidung, Wäsche usw. herzustellen. Aufhäuser wandte sich nochmals entschieden gegen die Beibehaltung der Einstellungsprämien. Es müsse zum allermindesten verhindert werden, daß weiterhin Steuergutscheine an Unternehmer ausgegeben werden, die ohnehin schon mit öffentlichen Aufträgen aus der Arbeitsbeschaffung bedacht worden sind.

Ein entsprechender Antrag, wonach bei solchen Unternehmungen die Einstellungsprämien in Wegfall kommen, wurde angenommen.

Rädel (Komm.) wendet sich gegen die im sozialdemokratischen Antrag enthaltenen Vorschläge zur kollektiven Selbsthilfe der Erwerbslosen und zur Schulung jugendlicher Erwerbslosen!

Dreher (Nsoz.) bezeichnet eine Aeußerung des Abg. Rädel (Komm.) über das Reichskuratorium zur Jugendertüchtigung als Landesverrat. (Zuruf von Rädel: dann müssen Sie die „Berliner Illustrirte" auch verbieten!) Dreher: Dafür sind wir, die „Berliner Illustrirte" gehört zu Ihnen.

Lipke (Soz.) stellt gegenüber den kommunistischen Angriffen fest, daß es für eine Arbeiterpartei unerhört wäre, die Vorschläge zur kollektiven Selbsthilfe der Erwerbslosen und zur Schulung jugendlicher Erwerbslosen abzulehnen.

In seiner Erwiderung stellt Rädel (Komm.) dann in Aussicht, doch für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen.

In Verbindung mit den Arbeitsbeschaffungsdebatten bringt die Sozialdemokratie einen weiteren Antrag ein, in dem die gesetzliche Einführung der Fünftagewoche bzw. Vierzigstundenwoche verlangt wird.

Frau L. Schroeder (Soz.) wendet sich gegen einen Teil der Zentrumsvorschläge, insbesondere soweit es sich um die Benachteiligung jugendlicher Erwerbsloser und die Einschränkung von Bauten in eigener Regie handelt. Die beanstandeten Teile des Zentrumsantrags werden alsdann auch abgelehnt.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wird die Beratung des Antrags auf Arbeitszeitverkürzung mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten vertagt.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf über planmäßige Arbeitsbeschaffung wird dem Haushaltsausschuß zur endgültigen Beratung überwiesen, um dort auch gleichzeitig über die vorgeschlagene Finanzierung entscheiden zu lassen.

Ein Antrag des Zentrums, die freien Stellennachweise in der Arbeitsbeschaffung mit den Arbeitsämtern gleichberechtigt zu machen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

In seiner nächsten Sitzung, am Dienstag, dem 17. Januar, wird sich der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags zunächst mit allen Anträgen zur Arbeitsdienstpflicht beschäftigen.

5,7 Millionen Arbeitslose

242 000 im Arbeitsdienst

Der neue Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1932 liefert einen sehr eindrucksvollen Beweis für die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitslosigkeit ist in der zweiten Dezemberhälfte aus saisonmäßigen Ursachen weiter gestiegen, jedoch langsamer als in dem ersten Berichtsabschnitt. Am Jahresende waren bei den Arbeitsämtern rund 5 773 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit Mitte Dezember betrug rund 1 620 000. Die Ueberlegenheit gegenüber dem Vorjahr, die Ende Juni mit mehr als 1,7 Millionen am stärksten war, ist seitdem ständig geringer geworden und betrug am Jahresende nur noch rund 105 000.

In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 94 000 auf 792 000 und in der Krisenfürsorge um 93 000 auf 1 281 00. Aus dem Personenkreis für öffentliche Fürsorge wurden Ende Dezember 2 375 000 Arbeitslose als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt. Diese Zahl liegt bei einem Gesamtzugang an Arbeitslosen im Dezember um über 400 000 mit 64 000 höher als Ende November. Im Freiwilligen Arbeitsdienst waren am Jahresende noch 242 000 Arbeitslose tätig, d. h. nur 43 000 weniger als Ende November.

Hanischs letzter Weg

Abschied vom gemeuchelten Jugendgenossen

Die Arbeiterbevölkerung der schlesischen Hauptstadt hat am Mittwochnachmittag den von verbrecherischer Nazihand gemordeten Jungarbeiter Fritz Hanisch zu Grabe getragen. Etwa 18 000 bis 20 000 Menschen waren trotz des kalten Schneewetters zusammengeströmt, um dem toten Kampfgefährten das letzte Geleit zu geben.

In einer Trauerfeier rief der Bezirksführer der Sozialistischen Arbeiterjugend dem gemeuchelten Freunde den letzten Gruß nach. Am offenen Grabe gedachte Ernst Zimmer, Vorsitzender des Ortsvereins Groß-Breslau der Sozialdemokratischen Partei, des toten Kameraden. Er schilderte nochmals die Abscheulichkeit der Tat und kennzeichnete den hakenkreuzlerischen Ungeist der Gewalttätigkeit und des Fanatismus, der wieder ein junges Menschenleben brutal ausgelöscht habe.

Feuerkampf zwischen Schupo und SA.

Nazis provozieren Zusammenstöße

Seit einigen Tagen machen sich die Nazis in Berlin wieder mausig. Ihr Auftreten wird wieder herausfordernd. Bei ihren Provokationen handelt es sich zweifellos um bestellte Arbeit. Die Herrschaften suchen Zusammenstöße und finden sie. Am Dienstagabend wurde eine regelrechte Schlacht zwischen SA.-Leuten, Kommunisten und Polizei ausgefochten. Die Kommunisten hatten im Saalbau Friedrichshain eine große öffentliche Kundgebung veranstaltet. Etwa 400 uniformierte SA.-Leute versuchten in die stark überfüllte Versammlung einzudringen. Die Polizei trieb sie zurück.

Im Friedrichshain kam es dann zu einem Feuerkampf zwischen der SA. und Schupobeamten, nachdem die nationalsozialistische Horde über eine Gruppe kommunistischer Nachzügler hergefallen war, die ahnungslos dem Versammlungslokal zustrebte.

Es gab mehrere Schwerverletzte, die ins Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden mußten. Eine Reihe von Hakenkreuzlern wurde festgenommen.

Nazibetrug an Arbeitslosen

München, 11. Januar.

Der Nazigauleiter für die Oberpfalz, Volksschullehrer und ehemaliger Reichstagsabgeordneter Meyerhöfer in Regensburg, wurde am Mittwoch vom dortigen Amtsgericht unter ausdrücklicher Ablehnung einer Bewährungsfrist wegen Betruges zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der sittliche Erneuerer, der zu den prominenten „aufbauwilligen Kräften" des bayerischen Nazilagers gehört, hatte einen vollbeschäftigten Angestellten seines Bauvüros veranlaßt, sich arbeitslos zu melden und dann die von dem Angestellten bezogene Erwerbslosenunterstützung auf dessen Gehalt verrechnet. Zur materiellen Pleite der Regensburger Hakenkreuzbewegung hat sich nun die moralische ihres Führers gesellt wodurch die letzten Chancen fürs Dritte Reich in der Oberpfalz verspielt sind.

Drama in der Laubenkolonie

In Berlin-Lichtenberg wurde am Dienstag in einer Laubenkolonie eine rätselhafte Mordaffäre aufgedeckt. Der 35 Jahre alte Kriegsinvalide Paul Hanke wurde dort mit einem bis jetzt noch unbekannten Mann tot aufgefunden. Hankes Leiche weist keine Verletzungen auf. Der unbekannte Tote scheint mit einem Hammer erschlagen zu sein. Man nimmt an, daß Hanke von dem Unbekannten überfallen wurde.

Die Annahme, daß Hanke einem Herzschlag zum Opfer gefallen war, bestätigte sich nicht. Die Untersuchung des Gerichtsarztes hat ergeben, daß Hanke sich selbst durch einen Herzschuß getötet hatte. er hatte den Lauf der Waffe unmittelbar auf die Brust gesetzt, nachdem er seine Kleidungsstücke beiseite geschoben hatte.

Sozialistische Arbeit

Die Vorschläge der schwedischen Regierung im Reichstag

Stockholm, 11. Januar.

Am Mittwoch wurde der neue Reichstag feierlich eröffnet. Die sozialdemokratische Regierung legte bereits in der Eröffnungssitzung den Etat vor. Er enthält alle von dem Kabinett angekündigten radikalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

Durch eine 20prozentige Erhöhung der Vermögens- und Einkommensteuern, eine Verdreifachung der Erbschaftssteuer sowie eine höhere Besteuerung von Alkohol und Tabak sollen die Staatseinkünfte um rund 70 Millionen Kronen gesteigert werden. Von den Sparmaßnahmen wird in erster Linie das Militärwesen betroffen, dessen Budget um 20 Millionen Kronen gekürzt werden soll. Zur Finanzierung der Notstandsarbeiten, deren Umfang eine völlige Liquidierung der Arbeitslosigkeit verbürgt, sind 241 Millionen Kronen vorgesehen, die zum Teil durch eine innere Anleihe aufgebracht werden sollen.

Die Hochschulschande

Prof. Dr. Cohn hat, wie die „Neue Breslauer Zeitung" meldet, durch Anschlag am schwarzen Brett der Universität bekanntgegeben, daß er seine Vorlesungen bis zum Zusammentritt des erweiterten Senats der Universität ausfallen läßt.

Theaterjubiläum

Das Weimarer Deutsche Nationaltheater feierte sein 25jähriges Bestehen mit der Wiederholung seines auf Goethe, Schiller und Wagner aufgebauten Eröffnungsprogramms.

Der gelehrte Bäcker

Ein Bäckermeister aus Neuwied (Rheinland) promovierte zum Doktor rer. pol.; das Zeugnis eines Diplomingenieurs erwarb er schon vor längerer Zeit.

Sklareks Pythia gestorben

In Berlin verstarb nach langem Leiden die bekannte Hellseherin Lisbeth Seidler. Frau Seidler war u. a. auch die Vertraute Max Sklareks. Sie hat ihn geschäftlich beraten, sie hat ihm auch den Zusammenbruch prophezeit. Was sie in dem Prozeß gegen die Brüder Max Sklareks — bei einer denkwürdigen Vernehmung auf dem Krankenlager — aussagte, belastete die Angeklagten in starkem Maße. Das Gericht konnte aus der Bekundung der Zeugin den Schluß ziehen, daß Willi und Leo Sklarek von den betrügerischen Machenschaften ihres Bruders Max, entgegen ihrer Behauptung, gewußt hatten.

„Jagdunfall" eines Oberregierungsrates

Köln, 11. Januar.

Der Oberregierungsrat Dr. Josten aus Köln ist in den Bayerischen Alpen „einem Jagdunfall" zum Opfer gefallen. Josten war früher Landrat des Kreises Simmern im Hunsrück. Minister Severing versetzte ihn an das Oberversicherungsamt in Köln als bekannt wurde, daß sich Dr. Josten an dem berüchtigten Stahlhelm-Volksbegehren beteiligt hatte. Seit 1½ Jahren schwebte gegen Josten aus seiner Landratszeit ein Disziplinarverfahren wegen Veruntreuung von rund 300000 Mark staatlicher Gelder. Der Kreissekretär, der an der Sache mitbeteiligt war, hat sich bereits im vorigen Jahr erschossen.

10 000 Mark unterschlagen

In Berlin wurde der 35jährige Buchhalter Heinrich R., Angestellter eines größeren Industrieunternehmens, unter der Beschuldigung verhaftet, 10 000 M. unterschlagen zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219330112-17/fragment/page=0007

Vereins-Kalender

der Ortsvereine der SPD., sozialistischen Frauen- und Jugendgruppen im Bezirk Halle-Merseburg / Bezirkssekretariat Halle a. S., Harz 42—44, Hofgeb. 2 Treppen. Fernruf 21029 und 35701. Ortssekretariat Halle a. S., Harz 42—44, Hofgebäude 2 Treppen, Fernruf 31090

Ein vorliegender Fall gibt uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Mitteilungen für den Vereinskalender nur aufgenommen werden können, wenn sie mit dem Vereinsstempel und der Unterschrift des Vorsitzenden versehen sind. Alle anderen Mitteilungen gelten als nicht eingegangen.

Halle.

SAJ. Fanfarenkorps. Donnerstag, den 12. Januar, 19 Uhr, im Jugendheim: Uebungsstunde. Jeder hat zu erscheinen.

Kinderfreunde Halle. Unsere Gruppennachmittage sind im Jugendheim der SAJ., Große Märkerstraße: Montags von 3 bis 6 Uhr Jungfalken Süd. Dienstags von 3 bis 6 Uhr Rote Falken. Mittwochs von 3 bis 6 Uhr Jungfalken Nord. Freitags von 3 bis 5 Uhr Restfalken. Jeden Donnerstag von 3 bis 5 Uhr Gesamtgruppe. Sonntags Wanderungen, bei Regenwetter von 3 bis 5 Uhr im Heim. Falken, erscheint pünktlich und regelmäßig zu Euren Veranstaltungen.

Aus dem Bezirk.

Ammendorf. Arbeiterwohlfahrt. Donnerstag, den 12. Januar, pünktlich 20 Uhr, im Nähraum: Jahreshauptversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist infolge der wichtigen Tagesordnung notwendig.

Hohenthurm. Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Neumann: Generalversammlung. Redner: Genosse Petsch (Halle). Restloses Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Eilenburg. Donnerstag, den 12. Januar, im „Volkshaus": Wichtige Funktionärversammlung. Restloses Erscheinen ist notwendig.

Dölau. Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Meißner: Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Goddula. Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof Hoffmann in Oebles: Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Kämpf (Merseburg).

Leuna. Freitag, den 13 Januar, abends 8 Uhr, im Jugendheim: Parteiabend. Genosse Heuer (Leipzig) spricht über „Kirche und der Klassenkampf".

Schönewalde. Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, in der Wohnung des Genossen Baguley: Sitzung des Ortsvereinsvorstandes. — Sonntag, den 15. Januar, nachm. ½3 Uhr, beim Genossen Rauprecht: Jahreshauptversammlung. Alle Genossen müssen erscheinen

Passendorf. Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr, bei Man egold: Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht.

Döllnitz. Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Palmbaum": Generalversammlung. Redner: Genosse Petsch (Halle). Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Mücheln. Sonnabend, den 14. Januar, 20 Uhr, bei Raap in Mücheln-Neubiendorf: Jahreshauptversammlung. Alle Mitglieder werden pünktlich erwartet. — Freitag, den 13. Januar, 20 Uhr, bei Gen. Werner, Mücheln (Siedlung): Vorstandssitzung. Hierzu müssen alle Vorstandsmitglieder (einschließlich Revisoren) zur Stelle sein.

Bretleben. Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Gemeindegasthof: Erweiterte Mitgliederversammlung. Genosse Kämpf (Merseburg) spricht über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Heldrungen. Sonntag, den 15. Januar, nachm. 3 Uhr, im Lokal „Germania": Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Kämpf (Merseburg).

Grünewalde. Eine wichtige Zusammenkunft aller in den kommunalen Körperschaften der Gemeinde tätigen Genossinnen und Genossen findet am Sonntag, dem 15. Januar, nachm. 4 Uhr, im unteren Vereinszimmer des Gasthof Schmidt statt. Alle beteiligten Genossinnen und Genossen haben bestimmt zu erscheinen. Entschuldigungen werden nicht angenommen.

Grünewalde. Sonnabend, den 14. Januar, abends 7 Uhr, im Gasthof „Zur Walke": Generalversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V.

Ortsverein Halle

Sonntag, den 15. Januar, 8.30 Uhr, Antreten aller aktiven Kameraden auf dem Hof des Gewerkschaftshauses zum Uebungsmarsch. Spielleute mit Instrumenten. Rückkehr gegen 13 Uhr. — Sonnabend, den 14. Januar, 18 Uhr, beginnt der Reichwein-Wochenendkursus. Die hierfür bestimmten Kameraden wollen sich pünktlich im Jugendheim, Große Märkerstraße 6 („Volksblatt"), einfinden.

Technischer Leiter.

Reichsbanner-Sanitäter. Donnerstag, den 12. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Zusammenkunft.

Eilenburg-Torgau
Fitzek
Spezial-Haus für Herren- u. Knaben-Bekleidung, Berufs- und Sport-Bekleidung, Herren-Artikel, Tuche und Stoffe 4740
Wer bei Fitzek kauft, spart Geld!

Stadttheater
Heute, Donnerstag, 20 h. geg. 22¾ Uhr
Minna von Barnhelm
Lustspiel von G. E. Lessing.
Freitag, 20 h. geg. 23¼ Uhr
Im weißen Rößl
Revue-Operette v. Ralph Benatzky

Walhalla
Lachen und weinen bei dem Singspiel
Mädel, ade
Peter, Nerz, Müller, Stojewski

Händler, Hausierer
große Auswahl sämtlicher Gebrauchs-Artikel, Schlager usw., billigste Preise, hoher Rabatt
H. Enders, Forsterstraße 29

Auch Du greif zu!
Inventur-Verkauf
v. 6. bis 19. 1.
33⅓%
Bar-Rabatt
auf alle
Winterjoppen
Windjacken
Wollsocken
grau, jetzt ab 61 ₰
Hausschuhe
Stoff, Ledersohle, Gr. 36/42 jetzt 95 ₰
Arbeitsstiefel ab 2,90 RM
10%
Bar-Rabatt
auf reguläre Neuwaren
Nur Leipziger Straße 50
Sigmund Schwarz G. m. b. H.
(fr. Gr. Märkerstr.)

RITTERHAUS **Rili** LICHTSPIELE
Morgen das große Ereignis
Der erste
U-BOOT-SPIONAGEFILM
DIE UNSICHTBARE
Front
REGIE: RICHARD EICHBERG
Hauptdarsteller:
Trude v. Molo - Carl Ludwig Diehl
Alexa v. Engström - Theodor Loos
Trude Berliner, Paul Hörbiger, Paul Otto, Rosa Valetti, Harry Hardt, Mylong-Münz, Veit Harlan, Carl Auen, Horst Obermüller
und viele andere mehr. 138
Schauplätze der Handlung:
Berlin - Kopenhagen - London
Frauen - U-Boote - Spionage
Enthüllungen aus dem Leben der gefürchteten Meisterspionin E. 3.
Die tollkühnen Abenteuer des geheimnisvollen Spions Larsen usw.
Ehren-, Frei- und Vorzugskarten ungültig.

Statt 15,00 RM. für 3,75 RM.
Kriegs- und Industrie-
Spionage
12 Jahre Kundschafter-Dienst.
Von Generalmajor M. Ronge.
Ganzleinen, 384 Seiten mit 31 Abbildungen und 24 Skizzen.
Lieferbar nur solange Vorrat reicht!
Volksblatt-Buchhandlung
Halle (Saale), Große Märkerstraße 6

Schauburg **CT** Schauburg
Ab morgen, Freitag:
Der stärkste Film des Jahres!
Trenck
der Leidensweg einer großen Liebe nach dem vielgelesenen Roman „Trenck, der Roman eines Günstlings" von Bruno Franck in der „Berliner Illustrierten".
Hauptdarsteller: Hans Stüwe, Dorothea Wieck, Theodor Loos, Olga Tschechowa, Anton Pointner, Hörbiger, v. Winterstein.
Jugendliche zur 1. Vorstellung kleine Preise.
Erwachsene 50 60 80 1,— 1,20
Heute letzter Tag:
Der träumende Mund!

Ufa
Ich bei Tag
Käthe von Nagy
eine entzückende Maniküre
und
Du bei Nacht
Willy Fritsch
ein charmanter . . . ?
erwarten Sie im
Ufa-Theater Alte Promenade
Werktags: 4.00 6.30 8.10 Uhr
Sonntags: 3.00 5.30 8.15 Uhr

Dr. med. Konrad Lück
Facharzt für Blasen-, Nieren-, Haut- und Beinleiden
verzogen nach
Delitzscher Straße 2.

In der Wiederholung
liegt die Stärke der Zeitungsanzeige. Immer wieder muß Ihr Angebot dem Leser vor Augen geführt werden, dann haben Sie Erfolg!

Kress im Mittelpunkt
Bisher, wenn man den Namen Bettenkress hörte, dachte man immer gleich an „Pfännerhöhe 4"
Aber jetzt hat Kress auch im Mittelpunkt der Stadt ein
Betten-Geschäft
eröffnet. Kleinschmieden 6 finden Sie zwei lockende Schaufenster und eine große
Betten-Ausstellung
Alles, was zum Bett gehört, finden Sie hier. Und Sie finden es so gut und so billig, wie Sie es von Kress schon immer gewohnt waren.
Kress im Mittelpunkt der Stadt
Halle, Kleinschmieden 6
und im Süden: Pfännerhöhe 4
Geh auch mal hin!

Kleiderschränke
nirgends so billig
Mk. 24,50 35,—
130 cm, mit Wäschefach Mk. 63,—
130 cm, mit 3 teiliger Ansicht und Wäschefach Mk. 86,—
130 cm, mit Wäschefach und Spiegel Mk. 94,—
Waschkommoden
mit Spiegel von Mk. 59,— an
Nachtschränke
von Mk. 10,— an
Möbelhaus Ferd. Paris
Kleine Ulrichstraße 2
Eing. Kanzleigasse
3 Minuten vom Markt
Transport frei!
Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Sofa für 10 Mk. zu verkaufen Augustastr. 9 part.

Kleine Anzeigen haben Erfolg

REKLAME
Drucksachen
schnell und gut liefert
Hall. Druckerei-Gesellschaft mbH.
Gr. Märkerstraße 6

Därme
all. Art sowie blutfrische Leber
empf. die älteste hall. Darmhandlg.
G. Hoepfner,
Inh. C. Reiners
Halle S.,
Oleariusstraße 12, am Hallmarkt
Beste Bezugsquelle für Hausschlächter

Die nächsten
2 Fremden-Vorstellungen
in den
Städt. Theatern zu Leipzig
Sonntag, den 22. Januar, 19 Uhr (4. Fremden-Anrechts-Vorstellung, Altes Theater Nr. 2)
Der Kaufmann von Venedig
Lustspiel von Shakespeare.
Sonntag, den 5. Februar, 15½ Uhr (5. Fremden-Anrechts-Vorstellung, Neues Theater Nr. 3):
Madame Butterfly
Oper von Puccini.
Näheres über Kartenverkauf in der Geschäftsstelle: Lloyd, Reise- und Verkehrsbüro, Merseburg, Kleine Ritterstraße 5 (Tel. 3230).

Theaterverein Merseburg
Montag dem 16. Januar 1933 abends 8 Uhr im Union-Theater, Hallesche Straße
Bunter Abend
durch das Hallesche Stadttheater
Kartenvorverkauf am Freitag, dem 13. Januar im Verkehrsbüro. — Preise der Plätze: 2,— 1.50 und 1,— RM.
Der Vorstand.

Konserven
zu billigen Preisen
	1/1 Dose
Junge Schnittbohnen	37
Junge Schnittbohnen extra Qualität	52
	54
Gemüse-Erbsen	63
Junge Erbsen	
Haushalt-Mischung mit getrockneten Erbsen	39
Gemischtes Gemüse	62
Konsum-Mischung	75
Leipziger Allerlei	45
Apfelmus tafelfertig	47
Pflaumen mit Stein	88
Erdbeeren	
Frische Eier . . 10 Stück 110	90
Eier, keine Kühlhaus-Eier . . 10 Stück 70	
Butter noch billiger! Stück nur 64 62 60	55
Pflanzenfett Pfd.	29
Bienenhonig gar. rein 400-g-Glas	98

DIE NEUE S&F-SPARMARKE
bringt für den S&F-Sparer neue Vorteile
Näheres in den S & F - Filialen.

5 Lebensmittel 88 ₰
1 Pfund Auszugsmehl glatt
1 Pfund Haferflocken fein
1 Pfund Halbe Erbsen geschält
1 Pfund Weisse Bohnen
1 Pfund Tafelreis glasiert
5 Pfund zusammen 88
und ausserdem 5 % Rückvergütung
SCHADE & FÜLLGRABE

RUNDFUNK

Leipzig

Freitag: 6.15: Funkgymnastik. 6.35 bis 8.15: Frühkonzert. (Schallplatten.) 9.55: Was die Zeitung bringt. 12.00. Mittagskonzert Das Erwerbslosenorchester Zwickau. Dazwischen 13.00: Nachrichten, Wetter, Schnee und Zeit. 14.00: Kunstberichte. 15.15: Dienst der Landfrau: Gemüsearme Zeit. Herta Daecke, Dresden. 16.00: Vegetationskalender im Januar. Gartenbauinspektor Schmidt, Dessau. 16.30: Nachmittagskonzert. Das Leipziger Sinfonieorchester. 17.30: Stunde mit Büchern. Die Ideologie des Soldaten. Dr. Hubert Richter, Dresden. Anschließend: Wetter und Zeit. 18.00: Der Thüringer Notkreis Hildburghausen. Landrat Theim, Hildburghausen. 18.25: Englisch 18.50: Wir geben Auskunft . . . 19.00: Wir erkämpfen uns eine neue Einfachheit. Hans Hartmann, Berlin. 19.40: Operettenstunde. Die Dresdener Philharmonie. 21.00: Tagesfragen der Wirtschaft. 21.10: „Früh vollendet". Erzählungen von Jakob Boßhart. 21.50: Europäisches Konzert aus Turin. Dazwischen 22.10: Nachrichten und Schnee. 23.10 bis 23.40: Alte Musik mit Cembalo.

Königswusterhausen

Freitag: 6.15: Funkgymnastik. 6.30: Wetter. Anschließend bis 8.00: Frühkonzert. 10.00: Nachrichten. 11.30: Bodenkultur und Pflanzenbau (III): Behandlung des Stallmistes. Stud.-Direktor Neumann. 12.00: Wetter. Anschließend: „Italienische Tenöre". (Schallplatten.) Anschließend: Wetter. 13.35: Nachrichten. 14.00: Konzert. (Schallplatten.) 15.00: Jugend hilft der Jugend. Carola Hersel. 15.30: Wetter. 15.45: „Schnürl-Job und die Advokaten" von Werner Zibaso. 16.00. Praxis der Landschule. Schulrat Paul Hoffmann 16.30: Nachmittagskonzert. 17.10: Zeitdienst. 17.30: Große deutsche Sprachschöpfer. Leo Weismantel 17.55: Joseph Haydn Streichquartett in D-Dur. 18.25: Stunde der Arbeit Konjunkturbelebung und Arbeitsmarkt. Dr. Lemmer. 18.55: Wetter. Anschließend: Nachrichten. 19.00: Der erste Preuße. G. Schultze-Pfaelzer. 19.30: Das Gedicht. 19.35: Orchesterkonzert 20.20: „Magdalena" von Ludwig Thoma. (Ganghofer-Thoma-Bühne Egern am Tegernsee.) 21.50: Europäisches Konzert. Sinfonisches Vokal- und Instrumentalkonzert. 22.15: Wetter, Nachrichten. Anschließend bis 24.00: Blaskonzert.

Familien-Nachrichten

Gestorben: Wippra: Kurt Schlufter. Kleinwittenberg: Anna Kitzmann. Wittenberg: Selma Risse. Neu-Meuschau: Liesbeth Merkel. Zschackau: Hermann Naumann. Elsnig: Gustav Krause. Mückenberg: Minna Schuster. Falkenberg: Karl Bieske.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219330112-17/fragment/page=0008